Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 68 Fritz Kroh Halle

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Sonnabend, den 15. August 1925** | **5. Jahrgang • Nr. 176**

Nach dem Blutbad von Berlin

Nichts kann den Kampf gegen den Zollraub aufhalten!

Die kommunistische Landtagsfraktion zu der Mordtat

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 15. August.

Die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtages hat einen Antrag zu dem Vorgehen gegen die Demonstranten eingebracht, in dem es heißt:

„Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte die Berliner Arbeiterschaft zu Donnerstag, den 13. August, zu einer Demonstration gegen Zollwucher und Steuerdruck an verschiedenen Plätzen Berlins aufgerufen. Viele Zehntausende waren dem Rufe gefolgt. Merkwürdigerweise **erschien unmittelbar, nachdem die KPD. zur Demonstration aufgerufen hatte, eine Bekanntmachung**, wonach der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident unter Berufung auf ein aus der Zeit finsterster Reaktion stammendes Gesetz **schärfstes Vorgehen** gegen alle „ruhestörenden Elemente" ankündigte. Wie immer in solchen Fällen zeigte sich sofort, daß sich diese Maßnahmen eines sozialdemokratischen Funktionärs im Interesse des Kapitals, der Zoll- und Steuerräuber **ausschließlich gegen die Arbeiterklasse richten.** Schon bei dem Anmarsch der Massen trat die Polizei an allen Stellen äußerst provozierend auf, ein Beweis dafür, daß sie nach einheitlichen Weisungen handelte. Allen diesen Provokationen zum Trotz haben die Ordner und Demonstranten **durch Ruhe und Disziplin erreicht, daß die Kundgebung einen ungestörten Verlauf nahm.** Die Polizei aber, die offenbar einheitliche Anweisungen hatte, geriet über das Verhalten der Demonstranten und über den gewaltigen Eindruck, der bei der Bevölkerung erweckt wurde, in derartige Wut, daß sie ohne jeden Grund und trotz des disziplinierten Abmarsches **an verschiedenen Stellen blindlings in die abmarschierenden Massen einfiel** und sogar **von der Schußwaffe rücksichtslos Gebrauch machte.**

Wir beantragen daher: der Landtag wolle beschließen:

1. **Der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Greiziński ist seines Postens zu entheben und wegen Amtsverbrechens unter Anklage zu stellen.**
2. **Der Erlaß des Polizeipräsidenten Greiziński, der das Vorgehen der Polizei veranlaßt hat, ist sofort zurückzuziehen.**
3. **Es ist sofort anzuordnen, daß die Polizei weder im Dienst noch außer des Dienstes Schußwaffen tragen dürfe.**
4. **Die an dem Blutbad verantwortlichen Beamten sind zu entlassen und streng zu bestrafen.**

Protest der Berliner Betriebe gegen den Mord

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 15. August.

Die Polizeimorde an Berliner Arbeitern, die durch den Bluterlaß Greziński's heraufbeschworen worden sind, haben einen **Entrüstungssturm in den Betrieben** entfesselt. Einstimmige Protestresolutionen haben gestern bereits angenommen:

Die freigewerkschaftliche Funktionärversammlung der AEG.-Turbine.

Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Daimler Mercedes-Werke, Marienfelde, ohne Unterschied der Parteirichtung.

Belegschaftsversammlung der AEG., Gerichtsstraße.

Betriebsräte der Bergmann-Werke.

Betriebsdelegationen verlangten vom Polizeipräsidenten Bestrafung der Schuldigen und Aufhebung des Schießerlasses.

Greziński versucht den Polizeimord zu decken

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 15. August.

Zu den Polizeimorden nach hallischem Muster hat der Berliner Polizeisozialist, Polizeipräsident Greziński, den bürgerlichen Presevertretern eine Erklärung abgegeben, die voller Widersprüche ist, die Polizei aber decken soll. Der Polizeisozialist erklärt selbst, daß er sich überzeugt habe, daß die Demonstrationen auf dem Landsberger Platz, dem Bülowplatz und dem Winterfeldplatz ruhig gewesen wären und daß sein Erlaß sich nur gegen solche Demonstrationen richte, die erkennen ließen, daß die Teilnehmer zu Gewalttätigkeiten zusammengekommen seien. Greziński gibt also selbst zu, daß seine Beamten in friedliche Demonstranten geschossen haben. Hinterher erklärt er aber, daß die Demonstranten zuerst geschossen hätten und die Polizei, die weiter nichts tun wollte, als den Verkehr regeln, angegriffen hätten. Die Lüge, daß der erschossene Arbeiter von seinen eigenen Klassengenossen erschossen sei, kehrt wieder.

*

Die „Rote Fahne" veröffentlicht eine Reihe von Berichten von Augenzeugen, welche die Alleinschuld der Polizei beweisen. Bezeichnend ist, daß die „Rote Fahne" zu der Besprechung beim Polizeipräsidenten Greziński, bei der Greziński seine Lügenberichte ausgab, als einzige Zeitung nicht zugelassen wurde.

Der „wahre Blutrausch" der Kommunisten

„Volksblatt"-Blödsinn

Wie immer, ist natürlich das „Volksblatt" bei der Besprechung der blutigen Vorgänge in Berlin am dümmsten und gemeinsten. Es genügt, folgende Sätze zu zitieren:

„**Das Bedürfnis nach Blut ist bei den Kommunisten so stark ausgebildet**, daß man von den Führern kommunistischer Demonstrationen mitunter nicht zu viel behauptet, wenn man sagt, sie befänden sich in einem **wahren Blutrausch.** Kommunistische Kundgebungen ohne schwere Ausschreitungen gibt es kaum. Den Leuten von Moskau ist die **Maßlosigkeit** nicht nur zur Gewohnheit, sondern auch **zum Gesetz geworden.**"

Das „Volksblatt", das in dieser und ähnlicher Weise alle Schuld nur dem „Blutrausch der Kommunisten" gibt, überschreibt seine spaltenlange Hetze mit folgender idiotischen Ueberschrift: „**Kommunistische Belastungsoffensive für das Berliner Hakenkreuz.**" — Gegen solch eine gemeingefährliche Dummheit kämpfen sogar Götter vergebens.

★

Welche Lügen und Verleumdungen auch immer gegen die KPD. ausgestreut werden mögen, wie sehr man sich auch immer nach bekanntem hallischen Muster bemühen möge, nicht die Mörder, sondern die Gemordeten als die Schuldigen darzustellen — das eine können wir allen bürgerlichen und sozialdemokratischen Lügnern sagen:

Das klassenbewußte Proletariat wird sich durch dieses Manöver nicht von dem wichtigsten, von dem **außerparlamentarischen Kampf gegen den Zollraub**, abhalten lassen. Die Polizei-Entlastungsoffensive des Berliner sozialdemokratischen Polizeipräsidenten für die Zollräuber, der Versuch der Abschreckung durch Niederschießen friedlicher Demonstranten wird nicht den gewünschten Erfolg haben. Die **Massen in den Betrieben und in den Gewerkschaften** werden nicht locker lassen. Unter der kommunistischen Führung werden sie, aller Hetze zum Trotz, zu einer gewaltigen Abwehrfront gegen den Zollraub aufmarschieren.

Die **sozialdemokratischen Arbeiter** aber werden sich von Tag zu Tag mehr überzeugen, daß die SPD. nicht im entferntesten daran denkt, einen wirklichen außerparlamentarischen Kampf gegen die Zollräuber zu führen. Es wird diesen sozialdemokratischen Arbeitern zuletzt nichts anderes übrig bleiben, als sich mit **einzureihen in die rote Front.** Trotz der Entlastungsoffensive der sozialdemokratischen Führer für den Zollwucher wird dann jene außerparlamentarische Aktion möglich sein, die allein noch **das werktätige Volk vor dem Hunger schützen kann.**

Den Kämpfern zum Gruß!

Von Otto Steinicke

In diesen Tagen werden am großen, siebenmal gesicherten Ausgangstor der Gefängnisse in der Hindenburg-Republik die Schlüssel rasseln. Ein paar, vielleicht ein paar Hundert von den Tausenden unserer Helden sehen die Freiheit wieder. Ihr Bündelchen unter dem Arm, mit bleichem Gesicht, verlassen sie die Zelle, mit brennenden Augen und zuckenden Fäusten, sie, denen der Abschied verwehrt wird von den anderen, den vielen, die da bleiben . . .

Es werden schwere, langsame, zögernde Schritte sein über den Gefängnishof. Hinter zehn Helden werden hundert Helden winken, in jedem Kerker, wo ein schmaler Spalt am Tor sich öffnet, zufällig zum Durchschlüpfen. Unzählige Arme werden sich durch die Traillen zwängen, die Finger werden sich zu Fäusten krampfen: „Nun erst recht!"

Es wird ein schwerer, harter Abschied sein für die wenigen Kämpfer.

Ihnen gilt heute unser heißer Gruß in der „Freiheit" der Dawes-Republik! In jener Freiheit des Zoll- und Steuerraubes, der Lohnentwertung, des Hungers und der Massennechtschaft. Genossen! Wir grüßen Euch! Voran die Kommunistische Partei, an deren Spitze Ihr nun wieder kämpfen werdet, nicht zermürbt und ungebrochen! Trotz alledem!

Und ein Sturm wird durch die Reihen der Arbeiterschaft, der Klasse gehen. Ihr werdet helfen, ihn noch gewaltiger zu entfachen! Nicht ruhen und nicht rasten werden wir mit Euch, bis auch der Letzte wieder eingereiht ist in die große, breite Front des Kampfes um die Macht!

Genossen, Kollegen, Kameraden in den Kerkern, Ihr Gefolterten in den Zuchthaus- und Gefängniszellen, Ihr Drei-, Fünf- und Zehnjährigen in den Festungen, heute noch konnten sie es wagen, Euch einen Schlag ins Gesicht zu versetzen, uns, der ganzen Klasse, indem sie ihre Lüttwitze restlos amnestierten! Aber morgen schon werden die Millionen, die um Lohn und Brot, um das nackte Leben aufmarschieren, sie zwingen, auch den Letzten von Euch freizulassen. Ihre Generalabrechnung mit den Brotwucherern, mit den Zoll- und Steuerräubern wird sein und sich zuspitzen, über ein Kleines:

Zur Generalamnestie für alle politischen Gefangenen!

Jetzt die Länder-Amnestie!

Von Wilhelm Pieck

Durch die vom Reichstag am 12. August beschlossene Amnestie werden von den 7000 proletarischen politischen Gefangenen höchstens 150 aus den Kerkern entlassen werden, weil der Reichstag sich bei seiner Amnestie aus Hochachtung vor den „Hoheitsrechten" beschränkte auf die bei den Gerichten des Reiches erfolgten Verurteilungen und anhängigen Verfahren, und weil er selbst diese Amnestie noch in tendenziös einseitiger Weise zu Ungunsten der revolutionären Gefangenen einschränkte. Die Reichsamnestie verdient deshalb kaum diesen Namen. Sie muß deshalb jetzt sofort durch die Länder-Amnestien ergänzt werden. Die Vertreter der Landesregierungen haben sich verpflichtet, entsprechende Amnestievorschläge den Landesparlamenten zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Dabei sind sie in keiner Weise gebunden an die Einschränkungen, die der Reichstag bei dem Erlaß der Reichsamnestie gemacht hat. Für die Landesamnestien kommen auch eine Reihe von Straftaten in Frage, die der Verurteilung durch die Reichsgerichte nicht unterstehen und deshalb in die Reichsamnestie nicht aufgenommen wurden. Die Landesregierung in Baden, die bisher als einzige bereits den Entwurf einer Landesamnestie herausgebracht hat, ist auch schon erheblich über das Maß der Reichsamnestie hinausgegangen, obgleich auch dieser Entwurf in keiner Weise der Forderung auf Vollamnestie Rechnung trägt.

Die Länderamnestien werden aber nur dann, mehr als es durch den Reichstag geschehen ist, den revolutionären Gefangenen zur Freiheit verhelfen, wenn das deutsche Proletariat sich nicht mit der Scheinamnestie des Reichstags beruhigt, sondern sich im Gegenteil mit höchster Energie für die Landesamnestien und ihre Ausdehnung bis zur Vollamnestie einsetzt. Sogar der Reichstag hat in dem Bewußtsein, daß seine Amnestie ein erbärmliches Machwerk ist, in einer Entschließung ausdrücklich die Reichsregierung ersucht, bei den Länderregierungen dahin zu wirken, daß die Amnestie auf alle aus wirtschaftlicher Not begangenen Straftaten ausgedehnt werde. Aber das allein genügt nicht. Es muß dafür gekämpft werden, daß die Amnestie nicht vor den Arbeitern Halt macht, an denen von der Klassenjustiz die größten Verbrechen begangen worden sind. Das sind die Arbeiter, die wegen ihrer Beteiligung an politischen Kämpfen zu mehr als zwei Jahren Gefängnis und Festung und zu Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Denn vor diesen Arbeitern hat die Reichsamnestie Halt gemacht.

Die vom Reichstag beschlossene Amnestie ist eine bewußt tendenziöse, sie verschafft wohl allen Fascisten Straf- und Verfolgungsfreiheit, nimmt aber fast alle revolutionären Gefangenen und Verfolgten davon aus, Soweit Verurteilungen durch die Reichsgerichte in Frage kommen, nimmt sie in die Amnestie nur die Verurteilten ein, die vom Tage der Amnestie noch bis zu zwei Jahren Gefängnis oder Festung zu verbüßen haben. Alle Zuchthausstrafen schaltet sie von der Amnestie aus. Bei den anhängigen Verfahren bei den Reichsgerichten macht sie Halt vor den Straftaten, die nach dem 1. Oktober 1923 begangen wurden, und für die mehr als zwei Jahre Gefängnis oder Festung in Frage kommen. Gerade diese Terminsetzung kennzeichnet die Absicht, durch die Amnestie in der Hauptsache nur die Ehrhardt, Lüttwitz, Bauer und Konsorten vor der weiteren Verfolgung wegen des Kapp-Putsches 1920 zu schützen, aber davon auszunehmen die Opfer der großen Inflationskämpfe des Jahres 1923 und 1924. Die Reichsamnestie hat ferner ausgenommen Straftaten, die von den Gerichten als Verbrechen gegen das Leben, der schweren Körperverletzung, des schweren Raubes, der Brandstiftung und des Gebrauchs von Sprengstoffen bezeichnet wurden. Die Tätigkeit der deutschen Klassenrichter beweist, daß sie nur zu leicht geneigt sind, die politischen Kampfhandlungen der Arbeiter in diese Kategorie der Strafgesetzparagraphen einzureihen. Darin besteht ja gerade die Ungeheuerlichkeit der Klassenjustiz, daß die Klassenrichter die gleiche Handlung ganz verschiedenartig beurteilen, wenn sie von links oder von rechts begangen wurde. Bei den Faszisten, wenn sie schon einmal strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, finden die Richter stets die größten Entschuldigungen. Bei den Arbeitern lassen sie die größte Strenge des Gesetzes walten. Aus diesen Gründen müßte eine Amnestie in bevorzugter Weise die Arbeiter berücksichtigen und nicht umgekehrt, wie es jetzt geschehen ist.

Bei den Länderamnestien bietet sich also die Gelegenheit, zu ergänzen, was bei der Reichsamnestie bewußt unterlassen wurde. Aber das wird nur geschehen, wenn der größte Druck der Arbeitermassen dahinter gesetzt wird, wenn in den nächsten Wochen sich die Gefängnistore für einen winzigen Teil der proletarischen politischen Gefangenen öffnen, so muß die Arbeiterschaft diese nicht nur an den Gefängnistoren in ihre Reihen aufnehmen, sondern die Freigelassenen müssen auch sofort in die Propaganda für die Länderamnestie eintreten. In Versammlungen und Demonstrationen müssen sie über ihre Behandlung vor Gericht und im Gefängnis der Arbeiterschaft berichten, sowie über die Sehnsucht und die Hoffnung, von denen die in den Kerkern verbliebenen Kampfesbrüder beseelt sind, daß es der Arbeiterschaft gelingt, alle aus dem Gefängnis herauszuholen. In allen Betrieben und Arbeiterorganisationen müssen Beschlüsse gefaßt und Delegationen gewählt werden, die den Landesregierungen und Landesparlamenten die Forderung auf Vollamnestie vermitteln. Die Unterschriftenlisten der Roten Hilfe für die Vollamnestie müssen in diesen Tagen Seite auf Seite von den Arbeitern mit ihren Namen gefüllt und dann den Parlamenten überreicht werden. Die Forderung auf sofortigen Erlaß der Vollamnestie muß in diesen Tagen und Wochen durch die Arbeiterschaft mit allen Mitteln der Propaganda und des Druckes auf die Parteien unterstützt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250815-13/fragment/page=0001

Der ADGB. zur Lage und zum Kampf der Arbeiterschaft

Die Bundesausschuß-Sitzung des ADGB. **vom 12. und 13. Aug.** hat **nach einem Referat von Eggert über die Lage der „Wirtschaft" einstimmig folgende Entschließung** gefaßt:

„Die jetzige wirtschaftspolitische Lage in Deutschland ist gekennzeichnet durch das hemmungslose Streben **großer** Teile des **Unternehmertums in Handel, Industrie und Landwirtschaft, ihre Gewinne nicht nur im Wege** der Gesetzgebung in eigennützigster **Weise zu steigern, unbekümmert** um die dadurch bedingte Schädigung **der ohnehin** unzulänglichen Lebenshaltung der Arbeiterklasse.

Diese **wirtschaftspolitische Situation** wird grell beleuchtet durch die Denkschriften des Unternehmertums an die Regierung, durch Nichtbeachtung verbindlich erklärter Schiedssprüche, durch Massenkündigungen von Arbeitern zum Zwecke des Lohndrucks, durch die fortgesetzten Angriffe auf den Achtstundentag, auf die soziale Gesetzgebung, auf die **Rechte der Betriebsräte, auf alle Errungenschaften der Arbeiter** und durch die vom Unternehmertum des Baugewerbes angedrohte Generalaussperrung der gesamten Bauarbeiterschaft; ferner durch die **ungenügende Erhöhung des steuerfreien Lohn- und Gehaltsteiles, durch die gesetzliche Erhöhung der Wohnungsmieten, vor allem aber durch die Behandlung der Zollvorlage im Reichstag.**

Mit zunehmender Deutlichkeit begünstigen der Reichskanzler Dr. Luther und die jetzige Regierung das gewinnsüchtige und **eigennützige Machtstreben des Unternehmertums. Die Zollvorlage als Produkt dieser Regierung, ihre Behandlung durch die Regierungsorgane,** die Geringschätzung der Gutachten hervorragender Wirtschaftswissenschafter, die Nichtbeachtung der Notrufe **und Proteste der Arbeiterschaft, die Einstellung der amtlichen Schlichtungsstellen, die vielfach in der einseitigsten Weise nur die Unternehmerwünsche berücksichtigen — das alles zeigt, wie sehr die jetzige Regierung in den Kurs** des Unternehmertums **eingeschwenkt ist.**

Durch die preissteigenden Wirkungen der Zollgesetzgebung wird die Lebenslage der Arbeiterschaft unerträglich verschlechtert. Die Erhöhung der Wohnungsmiete trifft besonders schwer die unbemittelte Bevölkerung der Kleinwohnungen. **Die Heraufsetzung des steuerfreien Einkommens von 60 Mark auf 80 Mark, die Ermäßigung der Umsatzsteuer von 1½ auf 1 Prozent bringen keine Erleichterung, denn sie sind durch die starke Erhöhung der indirekten Steuern auf Genußmittel mehr als aufgehoben. So bleibt die Zollvorlage mit ihrer ganzen Schwere und in vollem Umfange als Belastung des Arbeiterhaushalts bestehen. Das ist eine für die Arbeiterschaft unmögliche Situation.**

Indem der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes diese Tatsache feststellt, richtet er an die Arbeiterschaft die Aufforderung, sich fester denn je in den Gewerkschaften zusammenzuschließen, um in erfolgreichen Wirtschaftskämpfen die Grundlage ihres Lebens zu sichern."

Im ganzen Reiche steht die Arbeiterschaft in schweren Kämpfen, weitere Kämpfe werden auf Grund der ganzen Wirtschaftslage folgen. In diesen Kämpfen, insbesondere bei dem hohnvollen Schiedsspruche für das Baugewerbe wird die Arbeiterschaft den ADGB. beim Wort nehmen und sich keinen Kampf mehr, zum Schaden der gesamten Klasse, abwürgen lassen! Die Arbeiterschaft wird aber auch darauf zu achten haben, daß solche Wirtschaftskämpfe, wie der vom ADGB. hintertriebene Kampf vor Annahme der Zoll- und Steuergesetze durch den Reichstag, also Kämpfe, bei denen das Wirtschaftliche in das Politische umschlägt — wie das heute bei jedem ernsthaften Kampf der Fall ist — vom ADGB. anerkannt und, durch den Druck der Mitgliedermassen, ernstlich geführt werden.

Der Schiedsspruch im Baugewerbe

Arbeiter, besteht auf Euren Forderungen!

Berlin, 14. August.

Das im Reichsarbeitsministerium zusammengetretene Schiedsgericht fällte heute mittag den Schiedsspruch für das Baugewerbe, der für Facharbeiter, Baubilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter die Spitzenlöhne in den einzelnen Bezirken festsetzt. Soweit die Aenderung der Ortsklassen noch strittig ist, bleibt diese Verständigung den Tarifparteien überlassen. Bis dahin bleibt der bisherige prozentuale Abstand bestehen. Die Lohnregelung hält bis zum 30. November 1925 an. Nach beiderseitiger Annahmeerklärung haben die Parteien die Kampfmaßnahmen spätestens bis zum 24. August aufzugeben. Beiderseitige Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Die Erklärungsfrist läuft am 19. August 1925 nachmittags 4 Uhr ab.

•

Nach dem gestrigen Abend-„Vorwärts" sieht der Schiedsspruch für die Provinz Sachsen und Anhalt-Magdeburg vor: 1,03, 0,90, 0,73 Mark. Halle a. d. S.: 1,01, 0,98, 0,72 Mk. Freistaat Sachsen: 1,10, 0,92, 0,88 Mk. Mecklenburg: 0,95, 0,82, 0,67 Mk. Berlin 1,20, 0,92, 0,74 Mk. Kassel: 1,05, 0,85, 0,85 Mk. Unterbaden 1,13, 0,89, 0,89 Mk. Oberbaden: 1,10, 0,85, 0,85 Mk.

Der „Vorwärts" schreibt zu dem Schiedsspruch:

„Es ist stark zu befürchten, daß der Schiedsspruch die beabsichtigte Wirkung verfehle, den Frieden im Baugewerbe wieder herzustellen. Mit Bedauern muß nach allem festgestellt werden, daß der Kampf, insbesondere in Berlin, noch nicht beendet ist."

Der Schiedsspruch bringt keine Lohnerhöhung für Tiefbau- und Hilfsarbeiter in der Provinz Sachsen, Magdeburg, Halle, Anhalt, Freistaat Sachsen, Kassel und Baden. Für Berlin liegt der neue Schiedsspruch für Facharbeiter um 10 Pfennig hinter dem früheren Schiedsspruch zurück, in Baden um 8 bis 9 Pfennig hinter dem Schiedsspruch des Landesschlichters.

Dieser Schiedsspruch ist eine unerhörte Verhöhnung der Bauarbeiter, die in Sachsen nicht unter 1,20 Mk. und Berlin nicht unter 1,40 Mk. arbeiten werden.

Einigung in der sächsischen Lohnbewegung?

(TU.) **Berlin**, 15. August.

Der „Lokalanzeiger" meldet aus Chemnitz: Der Beschluß der Arbeitgeberverbände, am 5. September sämtliche **200 000** sächsischen **und thüringischen Textilarbeitern auszusperren, hat das Reichsarbeitsministerium in Berlin zum Eingreifen veranlaßt. Am nächsten Montag beginnen im Reichsarbeitsministerium Einigungsverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.**

Generalstreik in der polnischen Metallindustrie

(TU.) **Berlin**, 14. August.

Seit Wochen streiken **in Warschau etwa 10 000 Metallarbeiter.**

Wie der „Lokalanzeiger" berichtet, fand gestern eine durch die Regierung einberufene Konferenz statt, in der die Arbeiter ihre bisherigen Forderungen einer Lohnerhöhung von 50 Prozent aufrecht erhielten. Die Arbeitgeber lehnten diese Forderungen rundweg ab, erklärten sich aber bereit, die einzelnen Löhne um zehn bis zwanzig Prozent zu erhöhen. Die Arbeiter waren mit diesem Vorschlag nicht einverstanden und proklamierten **von heute an den Generalstreik,** der 130 private und 12 militärische Fabrikbetriebe umfaßt. **Es streiken mehr als 25 000 Arbeiter.**

Eine Lehrerdelegation nach Sowjet-Rußland

(Eig. Drahtm.) **Moskau.**

Die Delegation der französischen, belgischen und deutschen Lehrer ist zum **Studium der Volksaufklärung** in der Sowjetunion in Leningrad eingetroffen. Zur Begrüßung der 38köpfigen Delegation versammelten sich am Bahnhof einige Tausend russischer Lehrer mit Emblemen und roten Fahnen. Unter „Hoch"-Rufen und dem Gesang der Internationale empfing Leningrad die Vertreter der organisierten deutschen, französischen und belgischen Lehrer. Nach Begrüßung durch die Vertreter der Lehrergewerkschaft, des Leningrader Sowjets und des Gewerkschaftsrates und der Pionierorganisation erklärte der belgische Lehrer Vangheim im Namen der Delegation, daß die bürgerliche Presse vergeblich gegen die Reise hetzte, vergeblich die Lehrer warnte vor dem Lande der Barbaren. Die Delegation wolle die Wahrheit erfahren. Sie fühle sich glücklich, in dem Leningrad der Sowjets die Pioniere der Revolution zu begrüßen. Der Delegation wurde zugesichert, daß sie alles nach freiestem Ermessen und nach freiester **Wahl** studieren könne. Die Delegation fuhr nach Moskau weiter.

Reichsbanner-General Schönaich über Sowjet-Rußland

Wenn wir **Kommunisten** Berichte über russische Verhältnisse bringen, so **wird das** dort Gesagte totsicher von **der SPD.-Presse** abgeleugnet: „Die **Söldlinge Moskaus loben ihren Brotherrn**", so **heißt es dann regelmäßig. Wir wollen, um diesem Einwand zu entgehen, einmal einem Reichsbannerführer, sogar einem** richtiggehenden General, das Wort erteilen. Herr von Schönaich veröffentlicht in der „Vossischen Zeitung" einen **Brief aus Leningrad,** wo er gegenwärtig weilt. **Wir entnehmen nur einige Stellen:**

„Wer nicht blind war, der mußte sich sagen, daß in dem Sowjetlande doch **noch etwas anderes** stecken müsse, als **Elemente des Terrors und** der **Unordnung."**

„Der russische Arbeiter glaubt, im Gegensatz zu Millionen von Arbeitern in kapitalistisch bewirtschafteten Ländern, daß ihm der unverkürzte Ertrag seiner Arbeit zufällt. **Dieser Glaube** mag ein Irrglaube sein, aber daran, daß er besteht, lassen alle Berichte aus dem Land der Probleme keinen Zweifel. Dadurch, nicht etwa nur durch den Terror der Sowjets, sind die vielen Streiks praktisch ausgeschaltet."

„Wird es sich zeigen, daß der private Unternehmungsgeist, also die „Profitwirtschaft" eine unentbehrliche Triebfeder der Wirtschaft an sich ist oder nicht? Wenn er in Rußland entbehrt werden kann, wie wird die Wirtschaft anderer Länder auf die dort gemachten Erfahrungen reagieren?"

„Diese Begriffe erst einmal im eigenen **Kopf zu klären,** gibt es nur ein Mittel: **Hinfahren und selber sehen."**

Diese Worte **eines Reichsbannerführers** mögen sich die SPD.-Gewerkschaftler gesagt sein lassen, wenn sie wieder einmal gegen **die Arbeiterdelegationen nach Sowjet-Rußland** Sturm laufen!

Ein gewonnener Kommunistenprozeß

Die reaktionäre thüringische Regierung muß die politische Maßregelung des Genossen Korsch rückgängig machen

Der Prozeß des Genossen Korsch gegen die Regierung des Landes Thüringen und die Universität Jena wegen Rückgängigmachung der nach der Oktoberniederlage vollzogenen Absetzung des Genossen Korsch von seinem Amt als ordentlicher Professor der Rechtswissenschaften an der Universität Jena hat jetzt in zweiter Instanz mit einem Siege des Klägers geendet. Die Regierung und die Universität mußten sich unter Uebernahme der gesamten Gerichtskosten zu einem Vergleich herbeilassen, durch den sie ausdrücklich anerkennen, daß der Genosse Korsch rechtsmäßiger Inhaber der ihm seinerzeit übertragenen Professur an der thüringischen Landesuniversität Jena geblieben ist.

Hinausschiebung der Sicherheitskonferenz?

(TU.) **London**, 14. August.

In Londoner diplomatischen Kreisen **wird** erneut darauf hingewiesen, daß es wahrscheinlich nicht möglich sein werde, noch vor der Genfer Völkerbundstagung Deutschland zur Sicherheitskonferenz einzuladen. Es habe sich herausgestellt, daß noch „kleine" **Gegensätze** zwischen der französischen und der englischen Auffassung bestanden, die erst durch eingehende **Verhandlungen** beigelegt werden könnten. Die Sachverständigen müßten für den Sicherheitspakt eine Formel finden, die für **alle** beteiligten Staaten annehmbar sei. Auch Deutschland müsse erst genau über die Stellung Frankreichs und Großbritanniens in der Sicherheitsfrage unterrichtet werden, damit es hierzu Stellung nehmen kann. Außerdem müßten alle Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten ausgeglichen sein, bevor man Deutschland hören könne. (Zu deutsch: Deutschland soll vor **vollendete Tatsachen** gestellt werden.) Ebenfalls gingen die Meinungen über den Tagungsort noch weit auseinander. England wünsche London als Tagungsort, was jedoch von Frankreich abgelehnt wurde, weil der Dawes-Plan in London abgeschlossen wurde. Von anderen Alliierten wurden Genf, Brüssel undd Haag vorgeschlagen.

Meuterei in der französischen Marine

(TU.) **Madrid**, 13. August.

Auf dem französischen **Kanonenboot Montmirail** meuterte im Hafen von Tanger die Besatzung. Die Meuterei wurde **unterdrückt und mehrere Matrosen wurden verhaftet.**

Endlich unter Dach und Fach

Pressestimmen über Reichstag, Zollvorlgen und nächste Zukunft

Volksblock geplatzt

Die „Tägliche Rundschau" schreibt: „Der **Volksblock,** dieses seltsame Parteigebilde, das **niemals** lebensfähig **war, weil die** Elemente, **aus** denen es sich **zusammensetzte, einfach nicht** zusammenpaßte, ist **nicht mehr. Das Zentrum hat** sich auf seine Vergangenheit als aufbauende und **zur positiven Mitarbeit** am Staatswohl bereite Mittelpartei besonnen und hat sich **von** seinen volksblöcklerischen Genossen, den Demokraten und den Sozialdemokraten getrennt, hat den Weg gefunden zu jenen Parteien, zu denen es nach seiner politischen Vergangenheit und nach seinem ganzen inneren Wesen gehört und in Gemeinschaft mit diesen Parteien, den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Bayrischen Volkspartei hat es gute und tüchtige Arbeit geleistet. Diese Gemeinschaft hat sich also durchaus bewährt **und wir haben deshalb allen Grund zu hoffen,** daß sie auch für die Zukunft fortdauern wird."

Der Schrei nach der großen Koalition

Der „Vorwärts" schreibt: „. . . Der Zolltarif gilt nur für zwei Jahre, der Kampf um die endgültige Gestaltung der Grundlage unserer Handelspolitik ist aber noch nicht abgeschlossen, er bricht vielmehr jetzt erst recht los.

Die Finanz- und Steuergesetze sind unter Umständen gemacht worden, unter denen die Sozialdemokratie auf die Rolle der Opposition und der Kritik beschränkt war. In diese Rolle hat sie sich keineswegs gedrängt. **Sie war und ist zu positiver Arbeit bereit, ist bereit, mit einer gesellschaffenden Mehrheit die Mitverantwortung zu tragen.** Und gewiß hätten auch unter ihrer Mitarbeit die schwierigen Fragen, um die es ging, nicht zu allgemeiner Zufriedenheit gelöst werden können. Aber ebenso gewiß wäre die einseitige plutokratische Härte der neuen Steuer- und Wirtschaftsgesetzgebung vermieden worden, wenn sie mit am Werke gewesen wäre. . . . Ganz so wohl zumute, wie sie es gerne glauben machen wollen, ist den **Herren vom Zentrum nicht:** Die Fehlziffern der Fraktion, das Verhalten einzelner Abgeordneter bei den entscheidenden Abstimmungen zeigt die schwere Belastung des Gewissens . . . Gegen Fehlurteil des Parlaments gibt es keine Hilfe als die Korrektur durch das Volk in dem Maße, in dem die Proletarier zur Sozialdemokratie übergehen oder in den Parteien, denen sie bisher angehören, ihren nächsten Brotinteressen Berücksichtigung erzwingen, wird die Gesetzgebung aufhören, ein Instrument in der Hand der besitzenden Klasse zu sein."

Zu wenig — noch mehr!

„Deutsche Tageszeitung": „Am meisten trägt noch das Zollgesetz den Charakter eines unbefriedigenden Kompromisses, dem man nur mit sehr schwerem Herzen zustimmen konnte, weil eben eine bessere Lösung nicht zu erreichen war . . . Auch die Verbesserungen, die das Kompromiß in der Richtung eines stärkeren Schutzes der tierischen Produktion, wie anderer Zweige der landwirtschaftlichen Erzeugung gegenüber der Regierungsvorlage gebracht hat, können die schweren grundsätzlichen Bedenken gegen den unzulänglichen Schutz des Getreidebaues in keiner Weise beseitigen; ganz abgesehen von den bedauerlichen Lücken, namentlich bei dem Gefrierfleisch und beim Speck, hinsichtlich der Getreidezölle vor allem kann die deutsche Landwirtschaft in diesem Gesetz, das ja freilich ohnehin einen Uebergangscharakter trägt, nur die erste Etappe auf dem Wege zu einem planmäßigen und durchgreifenden Schutz der deutschen Produktion werden."

Resignation bis zu den Wahlen

„Vossische Zeitung": „Wir geben zu, die Arbeit der letzten Wochen war hart und das Kofferpacken hatte Eile. Zudem ist die Ernte der Herren, die in dieser Reichstagssession die Sieger geblieben sind, reich genug. Unsoziale Aufwertung, unsoziale Steuern, Hochschutzzölle — was kann ein deutschnationales Herz noch mehr verlangen! Die Interessenvertreter haben ihre Schuldigkeit getan, sie können beruhigt nach Hause fahren. Denn bis das Volk bei den nächsten Wahlen seine Schuldigkeit tun kann, ist ja noch lange Zeit."

Wenn das Zentrum nicht gewesen wäre

„Germania": „Auch die jetzt verabschiedete Steuerreform hinterläßt einen bitteren Stachel; aber ein sozialdemokratischer Redner, der Abgeordnete Hertz, hat zugegeben, daß durch die Mitwirkung des Zentrums viele Unebenheiten ausgeglichen, manche Milderungen nach der sozialen Seite hin erfolgt sind. Das trifft auch für die Zollvorlage zu, die dank der Mitwirkung des Zentrums und vor allem seiner Arbeitervertreter, eine nach der sozialen Seite befriedigendere Gestaltung erhalten hat, als sie dem Regierungsvorschlag eigen war . . . Die Parteien, mit denen wir gearbeitet haben, sind auf unsere Linie eingeschwenkt und darin sehen wir einen Erfolg. Denn durch die Bändigung einer bisher wilden Opposition haben sich die innenpolitischen Verhältnisse konsolidiert, ist die Republik gefestigt und endlich die breite Basis für die noch immer vorherrschende Außenpolitik geschaffen worden. Auch die Sozialdemokraten werden nicht behaupten wollen, daß die Linie unserer Außenpolitik eine irgendwie sichtbare Biegung erfahren habe . . . Es kann ruhig ausgesprochen werden, daß auch zahlreichen Abgeordneten, die diesen Mehrheitsparteien angehören, bei dieser Taktik (Durchpeitschung. D. Red.) keineswegs behaglich ist. Man muß auch die späteren Dinge im Auge haben und das, was jetzt im Reichstage vorgegangen ist, kann sich einmal bitter rächen."

Painlevé über die Lage in Marokko

(TU.) **Paris**, 14. August.

Painlevé gab heute Pressevertretern eine Erklärung über die Lage in **Marokko** ab. Aus den Aeußerungen des Ministerpräsidenten geht hervor, daß **Frankreich und Spanien die Forderung Abd el Krims nach der Unabhängigkeit des Rif-Gebietes ganz entschieden ablehnen** und gewillt sein werden, eine **Entscheidung auf dem Schlachtfeled** herbeizuführen. Die Beauftragten **Abd el Krims,** so sagt Painlevé, die in seinem Auftrag zu handeln glaubten, wandten sich sowohl an französische Beamte in Tanger, wie auch an Primo de Rivera und haben übereinstimmend behauptet, daß Abd el Krim in Verhandlungen erst **nach der absoluten Wiederherstellung der Unabhängigkeit des Rif-Gebietes eintreten wird.** Diese Bedingung, erklärt Painlevé, widerspricht den Verträgen (zwischen den imperialistischen Räubern. Anm. d. Red.) und den interalliierten Abmachungen, die Frankreich und Spanien gegenüber den Mächten erfüllen müssen. Eine Annahme der Bedingungen Abd el Krims würde dazu führen, daß die gesamte Marokko-Frage erneut wieder aufs Tapet gebracht würde. Die Regierung sei sich bewußt, daß sie nach dem Wunsche der Nation alles getan habe, um das Leben ihrer Soldaten zu schonen. Doch habe die **Großmut Frankreichs (!)** Grenzen, ohne die man **größere Gefahren** heraufbeschwören würde, als die gegenwärtigen.

Um das aus dem Phrasenschwall ins Deutsche zu übersetzen: Die französische Regierung schließt, daß sie den übrigen imperialistischen Räubern gegenüber die Verpflichtung zur völligen Niederwerfung der Marokkaner übernommen habe und daß — im Falle eines erfolgreichen Unabhängigkeitskampfes des Rifvolkes — ein **neuer Krieg zwischen den Imperialisten unvermeidlich sei.**

Der blutige weiße Terror in Polen

Laut Angabe der Internationalen Roten Hilfe fällten die Feldgerichte in vier Bezirken Polens 1919 neunzig, 1920 achtundneunzig, 1921 einhundertdreißig, 1922 einhundertvierundachtzig und im Jahre 1923 einhundertneun Todesurteile.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250815-13/fragment/page=0002

Zum Bundestag des Verkehrsbundes

Am 16. August tritt in München der 12. Bundestag des Verkehrsbundes zusammen. Die Tagesordnung, die im wesentlichen nur vier Punkte enthält, ist wenig aktuell und durchaus unzulänglich, wenn zu den brennendsten Fragen, die die Arbeiterschaft bewegen, Stellung genommen werden soll. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Das neue Arbeitsrecht. 3. Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsdemokratie. 4. Moderne Verkehrsprobleme. Hinzu kommen die Neuwahlen.

Unseres Erachtens ist es die Aufgabe einer jeden freigewerkschaftlichen Tagung, sich in erster Linie mit **der Frage der Sicherung und Verbesserung der Existenz der Arbeiterschaft** zu befassen. Darum ist es gerade jetzt, da das Problem steht: was ist zu tun gegen den Zoll-, Steuer- und Mietzinswucher, die ganz selbstverständliche Pflicht der Delegierten, eine Revision der Tagesordnung vorzunehmen und den vorliegenden Antrag, der die Stellungnahme zur politischen und wirtschaftlichen Lage und zu den Aufgaben der Gewerkschaften, die Stellungnahme zum 12. Gewerkschaftskongreß und die besondere Behandlung der Frage der internationalen und nationalen Gewerkschaftseinheit fordert, zuzustimmen.

Für den Bundesvorstand ist offensichtlich der wichtigste Punkt der Tagesordnung die Frage der Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsdemokratie. Trotzdem der Bundesvorstand bisher in der Verbandspresse mit einer klaren Stellungnahme zu diesem Problem zurückgehalten hat, werden wir doch nicht mit der Behauptung fehlgehen, daß der Bundesvorstand ebenfalls bereit ist, den illusionären Utopien der antimarxistischen Theoretiker Zwing und Wagner, die sich als Theoretiker der deutschen freien Gewerkschaften aufspielen, im Verkehrsbund Eingang zu verschaffen.

Die Zwingsche Theorie basiert auf folgender Grundlage: Nach seiner Auffassung hat die deutsche Arbeiterklasse durch den Novemberumsturz 1918 sich in der Politik und im Staate durchgesetzt und ist gleichberechtigt geworden. Infolgedessen trägt sie mit die Verantwortung innerhalb des kapitalistischen Staates. Da aber die Beherrscher der Wirtschaft, die den Unterbau des Staates darstellt, dadurch auch den Staatsapparat beherrschen, ist es notwendig, innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft die wirtschaftliche Demokratie zwischen Arbeiter und Kapitalisten zu erkämpfen. darum wird in Zukunft nicht mehr im Vordergrunde des gewerkschaftlichen Kampfes der Kampf um die Verteilung des Arbeitsertrages, also um die Erhöhung der Löhne, Verminderung der Arbeitszeit und soziale Verbesserungen stehen, sondern es wird in erster Linie der Kampf um die Veränderung der wirtschaftlichen Formen geführt werden.

Die Veränderung der kapitalistischen Wirtschaftsform soll jedoch nicht, wie es Karl Marx lehrte, durch den schärfsten politischen Kampf bis zum Sturze des kapitalistischen Staates, Enteignung der Produktion und Umstellung der Wirtschaft zur sozialistischen geschehen, sondern durch die Errichtung von Wirtschaftsparlamenten im Bezirks- und Reichsmaßstabe, ähnlich dem bestehenden Reichswirtschaftsrat. Die Unternehmer sollen weiterhin die Produktionsmittel beherrschen und nur die Gewerkschaftsführer als die Beherrscher der in den Gewerkschaften konzentrierten Ware Arbeitskraft als gleichberechtigte Faktoren in der Führung der Wirtschaft, jedoch nicht im Genuß des Ergebnisses der Produktion anerkennen.

Die Einstellung der **Gewerkschaften** auf die Erreichung derartiger Ziele bedeutet nichts anderes, als sie zu **Organen des kapitalistischen Staates** und der kapitalistischen Wirtschaft zu machen. Sie bedeutet ferner die Unterordnung der Interessen der Arbeiterschaft unter die Notwendigkeiten zum Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft, die in einer verschärften Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung bestehen und die Unterstützung der imperialistischen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, die unausbleiblich zu neuen blutigen Metzeleien zwischen den kapitalistischen Staaten führen muß.

Die **Delegierten des Bundestages** müssen deshalb jeden Versuch, die Gewerkschaften zu einer solchen arbeiterfeindlichen Politik zu benutzen, zurückweisen und an Stelle der Resolutionen über Wirtschaftsdemokratie **beschließen, die Verbreitung der kommenden, durch die außerordentliche Mehrbelastung der Arbeiterschaft infolge des Zollwuchers bedingten Massenkämpfe zu treffen.** Welche außerordentliche Macht die Gewerkschaften darstellen, wenn sie vereint zu großen kampffähigen Blocks und ohne Rücksicht auf den kapitalistischen Staat und die kapitalistische Wirtschaft den Kampf im Interesse der Existenz der Arbeiterschaft führen, hat das Vorgehen der englischen Gewerkschafter gezeigt. Auf die Entwicklung dieser Macht müssen sich die Arbeiter des Bundestages konzentrieren. Auch die Delegierten des Verkehrsbundes zum Gewerkschaftskongreß müssen verpflichtet werden, in Breslau in diesem Sinne zu wirken und für die Konzentrierung der gewerkschaftlichen Organisationen zu Industrieverbänden, für die **Einheit der internationalen und nationalen Gewerkschaftsbewegung** und zur Herbeiführung engerer Beziehungen zwischen den deutschen und russischen Gewerkschaften, für die Entsendung einer Studiendelegation durch den Gewerkschaftskongreß nach Sowjet-Rußland zu kämpfen.

Zum Bericht des Vorstandes und der Redaktion müssen die Delegierten eindeutig feststellen, daß sie **die Festlegung der Politik des Verkehrsbundes auf die Politik der Sozialdemokratischen Partei,** sowie die einseitigen Schreibereien und die oft schofle und niedrige Hetze gegen die kommunistisch orientierten Verbandskollegen durch die Redaktion **ablehnen.** Ganz entschieden müssen sie sich gegen die Schreibweise der Verbandsorgane in Verbindung mit den stattgefundenen politischen Wahlen wenden. Vor wenigen Monaten propagierte die Redaktion in der Verbandspresse mit Aufwendung ihrer ganzen schwulstigen Phraseologie die Wahl des katholischen Pfaffen Marx als den „Arbeiterkandidaten" zur Reichspräsidentenschaft. Nicht mit einem Worte wurde die Möglichkeit der Aufstellung eines Klassenkandidaten der proletarischen Klasse erwogen. Heute stimmt der Kandidat der freien Gewerkschaften, Marx, den ungeheuerlichsten Zoll-, Steuer- und Mietzinsgesetzen zu und entpuppt sich als der ausgesprochene Kapitalistenknecht, wie es von den Kollegen der Opposition von jeher festgestellt wurde. Bei den Neuwahlen des Vorstandes darf nicht nach alten Traditionen und sonstigen Nebensächlichkeiten entschieden werden, sondern **die Kandidaten sind darauf zu prüfen, ob sie in Zukunft den Verband führen werden nach den Grundsätzen des Klassenkampfes,** oder aber ob sie versuchen, die Gewerkschaften auszunützen für die im Interesse der kapitalistischen Klasse liegende Politik, die man die Erkämpfung der Wirtschaftsdemokratie nennt. Nur Kollegen, die sich zum Klassenkampf bekennen, dürfen gewählt werden.

Eine wichtige Aufgabe, die eigentlich durch den Vorstand erledigt werden konnte, bleibt dem Bundestag zur Durchführung vorbehalten. Es ist dies die **Unterrichtung der Einheit der Seeleute** durch die Vereinigung des Deutschen Schiffahrtsbundes mit der Seeleutesektion des Verkehrsbundes. Wir glauben, daß kein delegierter Kollege, der Anspruch darauf erhebt, als ernster Klassenkämpfer bewertet zu werden, gegen die Vereinigung, für die die deutschen Seeleute einmütig kämpfen, auftritt. Auch die Wiederaufnahme der aus politischen Gründen Ausgeschlossenen muß durch den Bundestag erfolgen, damit auch dadurch gezeigt wird, daß alle Kräfte zur Mitarbeit in der schweren Situation, in der sich die Arbeiterschaft befindet, herangezogen werden.

Zur internationalen Transportarbeiterbewegung muß der Bundestag erneut durch entsprechende Beschlüsse und praktische Maßnahmen zeigen, daß die deutschen Transportarbeiter für die Einheit der internationalen Transportarbeiterbewegung kämpfen und bereit sind, die Kämpfe des internationalen Proletariats, zurzeit vor allem des chinesischen, aktiv zu unterstützen.

Die Zollräuber verhöhnen noch ihre Opfer

Sie schwätzen von Preisabbau

Kaum sind die Zölle angenommen, so suchen die Zollräuber und ihre Presseorgane auch schon den Tatbestand in das **Gegenteil** zu verdrehen. Sie wissen sehr genau, daß die Massen auf eine neue Teuerungswelle mit gesteigerten Kämpfen antworten werden. Und um den Dummen, die nicht alle werden, noch einmal **Sand in die Augen zu streuen,** schwätzen sie — in diesem Augenblick unmittelbar, nachdem sie mit den Zollgesetzen den allgemeinen Preisaufbau beschlossen haben — von einem sogenannten **Preisabbau,** den angeblich die **Luther-Regierung** anstrebt!

In Mitteldeutschland ist es die **„Hallesche Zeitung",** die sich, nachdem sie vorher die Haupthezerin für Schutzzölle war, nun mit aller Kraft bemüht, die hungernden Massen durch schöne **Versprechungen** zu vertrösten. In ihrer Nummer vom 14. August läßt sie sich aus Berlin berichten, daß man „in Kreisen der Reichsregierung der Auffassung ist, daß die Herabsetzung der Umsatzsteuer automatisch eine wesentliche Verbilligung aller Waren bringen wird". Demgegenüber hätten die Zölle nicht viel zu sagen, und sie hoffe, daß „durch Schaffung städtischer Lebensmittelverkaufsstellen in den Großstädten **der Wettbewerb gefördert** und die Preise **auf einem erträglichen Stande gehalten werden!"**

Das ist natürlich Schwindel. Erstens ist es klar, daß die Mietsteuerung auf Grund der Zölle unmöglich durch kleine Hilfsmittelchen aufgehoben werden kann. Zweitens sind die Zollwucherparteien bei jeder Gelegenheit **gegen** städtische Verkaufsstellen, **gegen** Konsumvereine usw. aufgetreten und haben noch vor kurzem die Steuerlast für diese Betriebe **erhöht.** Das geschah mit der ausdrücklichen Begründung, daß eine **Konkurrenz** für die Privatwirtschaft **ausgeschaltet** werden sollte. Und die „Hallesche Zeitung", das Blatt dieser Leute, hat die Unverschämtheit, zu sagen, daß „in den Großstädten der Wettbewerb gefördert werden soll!"

Jeder Mensch weiß, daß die Zollräuber und ihre Vertreter, auch die „Hallesche Zeitung", sich **kein schlimmeres Unheil denken könnten,** als daß es wirklich zu einem solchen Preisabbau käme. Sie brauchen auch keine Angst zu haben:

Die Annahme des Zolltarifgesetzes hat an der Berliner Warenbörse sofort die Folge gehabt, daß die Großgrundbesitzer mit ihren Angeboten noch mehr als seither zurückhielten. Die Notierungen für Brotgetreide gingen infolgedessen sofort um zwei bis drei Mark in die Höhe.

Die schwarzweißroten Schwindler wissen auch selbst sehr genau, daß ihre Voraussagen nicht eintreten werden und versuchen darum, die Leser auf die **Zukunft** zu vertrösten. Die „Hallesche Zeitung" schließt:

„Die Durchführung dieser Pläne erfordert umfassende Vorarbeiten und ein gegenseitiges Verständnis für die Erfordernisse von Wirtschaft und Allgemeinheit. Es ist auch **nicht** zu erwarten, daß sich die Maßnahmen **sofort** auswirken werden. Immerhin kann gesagt werden, daß es der Regierung mit der Durchführung der vom Kanzler angekündigten Absicht ernst ist (Da lachen doch die die Hühner!) und daß sie bestrebt sein wird, die Folgen einer nach Ansicht aller maßgebenden Persönlichkeit kommenden schweren Wirtschaftskrise im Interesse des Staates wie der Wirtschaft und der Allgemeinheit möglichst zu **mildern."**

Wer's glaubt, der wird durch die Fürbitte des Herrn Marx selig.

Eine erneute Erhöhung der Personentarife in Sicht?

Unter der Ueberschrift **„Eine neue Reichsbahntariferhöhung?"** schreibt die hiesige deutschnationale „Hallesche Zeitung" von heute einen längeren Artikel, der ihr von der Reichsbahndirektion Halle zugestellt wurde. In diesem Artikel wird zu den neuen Lohnforderungen bei der Reichsbahn Stellung genommen und in Aussicht gestellt, **daß diese Lohnforderungen unbedingt eine erneute Erhöhung der Personentarife mit sich bringen müssen.** Obwohl in diesem Artikel zugegeben werden muß, daß stark erhöhte Einnahmen durch die letzte Personentariferhöhung von 10 Prozent, die am 1. Mai stattfand, gezeitigt worden sind, die **sehr beträchtliche Ueberschüsse ergeben haben,** sucht die Eisenbahndirektion Halle trotzdem die Verhältnisse so darzustellen, daß eine Lohnerhöhung unbedingt mit einer Preiserhöhung im Personentarif beantwortet werden muß. Nach der Ausräuberung durch das Aufwertungsgesetz, nach den neuen Steuern, die den Massenkonsum auf das schwerste belasten, nach den in den letzten Tagen zum Beschluß erhobenen Industrie- und Agrarzöllen, nach der ungeheuren Mietsteigerung, die, wie es sogar vom Regierungstisch hieß, im Frühjahr 140 Prozent der Friedensmiete betragen soll, daß noch eine erneute Steigerung der Personentarife! Der Wahnsinn ist zur Methode geworden.

Rußlands und Deutschlands Getreidepreise

Ein interessanter Vergleich der bürgerlichen Presse

Das gestrige bürgerliche **„8-Uhr-Abendblatt"** berichtet in einem Artikel, der die Ueberschrift trägt: **„Hunger bei berstend vollen Scheunen"** im Gegensatz zu allen europäischen Ländern, die zwar eine ausgezeichnete Getreideernte zu verzeichnen haben, aber durch die Zollmauern einen exorbitanten Getreidepreis haben, über **Rußland** folgendes:

„Rußland rechnet damit, daß es für seine überschüssige Getreideernte, die jetzt schon dem Auslande angeboten wird, mindestens zwei Milliarden Goldrubel, also 4 Milliarden Goldmark vereinnahmen wird. (Diese Summe entspricht ungefähr der Höhe des Umlaufgeldes in Deutschland. Die Red.) Das „8-Uhr-Abendblatt" schreibt weiter: **Die russische Getreideernte in der Ukraine ist so außergewöhnlich gut, daß die gewaltigen Aehren von den Reisenden, die durch die Ukraine kommen, als Schaudobjekte mit nach den großen Städten genommen werden und überall Bewunderung erregen. Sie gelten als die Wahrzeichen einer kommenden Bereicherung des Lebens. Und in der Tat sind selbst in Moskau und Leningrad in den letzten Tagen und Wochen die Brot- und Mehlpreise im Großs und im Kleinhandel ständig heruntergegangen. Dabei waren in Rußland die Brot- und Mehlpreise schon im Verlauf des ganzen letzten Jahres so niedrig, daß man für die deutschen Preise, die nicht einmal für eine wirtschaftlich gute Qualität von Brot bezahlt werden, die zweieinhalbfache Menge des besten russischen Brotes und Mehles erwerben konnte."**

In dem gleichen Artikel des „8-Uhr-Abendblatt" heißt es zu Anfang:

„Ueber die Situation auf dem deutschen Getreidemarkt befragten wir eine Anzahl Sachverständige. Sie bekundeten übereinstimmend, daß noch niemals so viel Getreide in unserem Land selbst gewachsen ist, wie jetzt, daß aber trotzdem

alle Hoffnungen auf gutes und billiges Brot scheitern müssen.

Die überhohen Steuern, ganz besonders aber auch die Zölle, machen alle Hoffnungen der deutschen Bevölkerung auf eine Besserung der Lebenshaltung durch Nutzung der guten Getreideernte zunichte."

Abenteuer einer Dame

30 Von **Marietta Schaginian**

„Wenn ich nichts begriffen habe, dann schadet es nichts, daß ich Ihre Worte gehört habe. Man soll also in der Ebene des Sittlichen keinen Ausweg suchen?"

„Gehen wir hinunter, das Auto wartet."

Ich wußte aber genau, daß ich ihn verlieren würde, sobald er in eine andere Umgebung käme. Daß ich auch mich, die Eroberin, verlieren würde, um wieder ein gewissenhaftes, ängstliches Tippfräulein zu werden. Er stand vor dem Sofa und sah mich ratlos und verärgert an. Der jünglinghafte Ausdruck seiner Lippen erinnerte mich an seine Jugend. Waren wir gleichaltrig oder war er jünger als ich?

„Ich stehe gleich auf", flüsterte ich bemütig. „Aber helfen Sie mir meine Haarnadeln finden."

Er hückte sich und scharrte ungeschickt mit der Hand auf dem Kissen. Da bob ich den Kopf und berührte mit den Lippen seinen Mund. Ich sah von unten ihren Ausdruck, sie wurden mit einem Male älter und männlicher. Der ärgerliche Zug verschwand, sie schlossen sich mit zärtlichem Ausdruck. Er fand eine Haarnadel und steckte sie mir ins Haar.

Ich sprang auf, ergriff meine Mappe und lief die Treppe hinunter, ohne mich selber zu verstehen. Im Nachbarzimmer stand der Sarg. Unten wurden wir erwartet. Meine Selbstvergessenheit erschien mir abscheulich.

Das Haus des Dorfexekutivkomitees wurde von zwei Petroleumhängelampen mit runden Schirmen aus Pappe beleuchtet. Innen war es dunkel vor Zigarettenrauch. In diesen Geruch mischte sich der zum Erbrechen starke Dunst von Schafpelzen. Ich saß an einem besonderen Tischchen mit Bleistift und Papier, betrachtete die Tschernojamer Bauern und suchte mich an den unerträglichen Geruch zu gewöhnen. Es waren lauter große, düstere Menschen; sogar diejenigen von ihnen, denen man nicht mehr als achtzehn Jahre geben konnte — das Exekutivkomitee bestand fast ausschließlich aus jungen Menschen —, sahen von unten herauf ohne Lächeln, sprachen, als zerkauten sie etwas, und bewegten ihre Kiefer nur sehr langsam. Einer, der Sekretär — trotz seiner Würde konnte er nur mit Mühe die vor ihm liegenden Schriftstücke entziffern — flößte mir besondere Angst ein. Ein Auge war durchschossen; man erzählte, das sei bei einer Liebhaberaufführung geschehen. Da die Hälfte des Gesichts mit dem gesunden Auge mehr als die andere in Anspruch genommen wurde, erschien es schief. Dank dieser Schiefheit glaubte man in seinem Gesicht ein boshaftes, niemals verschwindendes Lächeln zu lesen. Seine Stimme war kreischend wie die einer Frau. Einen größeren Widerspruch als den zwischen seiner Rede und seinem Gesicht kann man sich nicht denken. Er müßte sich in alles ein, unterbrach die Redner mit den Worten: „Gestatten Sie mir zu vermelden", sprach langatmig mit verzogenem Gesicht, und den Hörern war es unangenehm, ihn dabei anzusehen. Man bekam den Eindruck, er verhöhne uns absichtlich.

Die Sitzung dauerte bis zwei Uhr nachts. Die Bauern klagten über ihre Dorfgenossen und die Unmöglichkeit, die Naturalienbeschlagnahme durchzuführen. Sie klagten über den Umfang dieser Beschlagnahme, über die Unmöglichkeit jeglicher Ausfuhr, über die Eigennützigkeit der landwirtschaftlichen Sowjets, über die Miliz, die Ausfuhrwaren für sich beschlagnahmte. Hierbei fiel mir etwas auf: Wenn man Bauern klagen hört, erscheinen einem ihre Klagen berechtigt. Später hatte ich aber Gelegenheit, mich davon zu überzeugen, daß die Fähigkeit und die Gewohnheit zu klagen ein charakteristischer Zug des Bauern ist. Als ich nach unseren ausgehungerten, feuchten, verarmten Stadtwohnungen in die mit Kuhmist geheizten Bauernhäuser kam und die satten Kinder uns, in einemfort auftretend, betrachteten, als ich die Berge fetter Kuchen, Milch, Eier, Schafskäse, Rübenzucker sah, wurde mir die strenge Politik der Stadt verständlich.

Die Angelegenheit in Tschernojamy wurde geregelt. Ich beschloß, die riesenhaften Protokolle, die in ihrer interessanten Lebendigkeit wie ein Roman wirkten, umzuarbeiten, bevor ich sie an Besmenow abliefertie. Meine Unruhe hatte sich gelegt, die Müdigkeit war wie weggeblasen. Unsere Erlebnisse im Exekutivkomitee hatten uns alle einander nähergebracht, und ich wurde so kühn, daß ich mich sogar in die Gespräche einmischte, wie eine, die dazu gehörte. Die Nacht rückte vor. Die Sterne durchliefen am Himmel ihre Bahn und näherten sich gelben dem Horizont. Um drei Uhr fuhren wir ab.

Unsere vor Schlafmangel aufgeregten Nerven versetzten uns in einen Zustand lärmender Gesprächigkeit. Sogar der Chauffeur wandte sich in einemfort zu uns und mischte sich in unser Gespräch ein. Plötzlich aber schrie er auf und wies über unsere Köpfe in die Richtung hinter uns.

An dem schmalen Uferstreifen, dort, wo sich die Fischersiedlung befand, stieg ein rotarotes Brandfeuer empor. Der Nordostwind hatte Unheil angestiftet. Es war klar, daß er die Flammen anfachen mußte, bevor sie gelöscht wurden. Das Automobil wenden und die Chaussee entlang in Richtung der Siedlung rasen, war Sache einer Sekunde. Der Brand war auch schon in Tschernojamy bemerkt worden; die Pferde wurden mit Lärm aus den Ställen herausgeführt, Pumpen herausgeholt, Kommandos hin und her gerufen. Die Siedelung war ziemlich nahe. Der Wind kam aus ihrer Richtung, und das Feuer konnte leicht auf das Dorf übergreifen. Wir passierten die Dorfstraße und fuhren die Chaussee weiter, wobei wir die Feuerwehrpferde weit hinter uns ließen.

Der stickige Rauch, die Hitze, die Feuerfunken und der heiße Wind hinderten uns bald, noch weiter zu fahren. Wir mußten halten, das Auto im Gebüsch unterbringen und, um den Wind zu umgehen, durch enklale Dornensträucher, die man in dieser Gegend „Klammerbäume" nennt, uns durchkämpfen. Vor uns rauschte und lärmte in nächtlicher Unruhe das Meer und wälzte schwarze Wasserhügel, die Flut dröhnte am Ufer, und dieses schien schwankend, zerfressen, unsicher. Ueber unseren Köpfen zogen die Gestirne am Himmel hin und ließen unsere Erde schwankend wie eine Schaukel erscheinen. Zwischen dem Meere und dem Himmel stieg aber das Feuer eines riesenhaften Scheiterhaufens empor, das die erbärmlichen, Vogelnestern ähnlichen Holzhütten mit Geknister verzehrte.

Besmenow verließ uns auf einer vor Wind und Feuer geschützten Stelle und stürzte nach der Siedelung. Von Menschen, die während des Restes dieser Nacht an uns vorbeiliefen, erfuhren wir nach und nach, daß er Tschernojamy durch eine Reihe außerordentlicher Maßnahmen gerettet hätte: Einige Hütten zwischen der Siedelung und dem Dorf wurden zerstört, ebenso der äußere Teil der Siedelung, und die Wiesen wurden mit Hilfe der Bewässerungskanäle unter Wasser gesetzt. Aber die Siedelung war restlos abgebrannt. Einige Dutzend Fischerfamilien begaben sich mit ihrem Hab und Gut nach Tschernojamy. Erst im Lichte der Morgendämmerung sahen wir, was der Brand angestiftet hatte. Die Uferseilen waren mit schwarzen Rußflecken bedeckt. Traurige Aschehaufen rauchten hie und da wie im Sommer verbrannte Mistkaufen. Der Wind trug eine Unmenge kleiner Fische ans Ufer, und feuergeschwärzt lagen sie auf den Steinen. Kinder, die zwischen den Trümmern herumirrten, aßen von diesen schwarzen Fischen.

Der Nordost legte sich. Der Brand hatte keine Menschenopfer gekostet, ausgenommen einige Fischer, die, um ihren Besitz, ihre Netze, ihren Fischfang zu retten, mit ihren Kähnen aufs Meer hinausgefahren waren. Der Sturm hatte die Kähne umgeworfen und die Leichen ans Ufer gespült. Besmenow kam zu uns gerittten, mit verbundenem Kopf, ohne Mütze. Sein Gesicht war geschwärzt, die Augen glänzten, die Haare rochen nach Brand.

„Ich bin versengt worden wie ein Huhn. Nur gut, daß wir zurückgekehrt sind! Ohne uns hätten sie Tschernojamy nicht gerettet."

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250815-13/fragment/page=0003

Ufa-Theater
Leipziger Straße

Männer! seid auf der Hut
Frauen! haltet Eure Herzen fest!
Der Damenfreund ist da und erobert täglich neue Herzen in dem neuen großen Fox-Film

Tom Mix der Damenfreund

Ein Film von Raffinement, voll kraftvoller Urwüchsigkeit, voll nervenspannender Sensation!

Dazu das große Lustspielprogramm!

Außer dem obigen hervorragenden Programm spricht **heute, Sonnabend u. morgen, Sonntag, abend 8 Uhr**

der **Holländer Engelsmann**

über seine Wette:

In zehn Jahren mit NAG.-Auto um die Welt

Beginn: Sonntags 3 Uhr — Werktags 4 Uhr

Ufa-Theater
Alte Promenade

! Lebhaften Beifall und starkes Interesse !

begleiten den Kulturfilm der Ufa:

Lieblinge der Menschen

2511 von Szene zu Szene

Hochinteressante Bilder aus dem Hundeleben

Die Fahrt ins Verderben

Ein Drama in 6 Akten nach dem Bühnenwerk „Hoffnung auf Segen"

Morgen, Sonntag 3 Uhr:

Große Jugend-Vorstellung

Lieblinge der Mensch[illegible]

Jugendliche zahlen kleine [illegible]eise

Beginn: Sonntags 3 Uhr — We[illegible] 5 Uhr

Fahrräder

u. Ersatzteile
Reparaturen aller Art, auch an Motorrädern

Otto Hänisch
Turmstr. 156
Telefon 2719

Warnung!

Ich warne hiermit jedermann meiner Frau **Ella Stern** geb. Brechemacher, Mühlweg 22 a, auf mein. Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme.

2505 **H. Stern**

Leder

zu bekannt billigen Preisen 269

Sommer & Korzbals
Albrechtstr. 46,
Ecke Geiststraße.

Volkspark

Heute abend
Sommerfest
(Deutscher Verkehrs-Bund)
Morgen Sonntag
Sommerfest
verbunden mit 2501
Gr. Garten-Konzert — Ball
(Roter-Frontkämpfer-Bund)
Gute hiesige und fremde Biere
Preiswerter Mittagstisch

Dienstag, 18. Aug., abds. ¾8 Uhr
Gr. Doppel-Konzert
unter Mitwirkung des
Burgemeister-Gesangs-Quartetts

Großer Saal für Sonnabend, den 22. August **noch frei!**

Rakete
Ab 16. August

die große Attraktion:

Leipziger 2610
Fritz-Weber-Sänger

In allen Großstädten ausverkaufte Häuser!

Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach dem Kabarett der beliebte Gesellschaftstanz

---

WALHALLA

Direktion: Adolf Vogel Telephon 8385

Nur 16. bis 31. Aug. Gastspiel

Persönliches Auftreten

*2506 **Sylvester**

Schäffer

Der weltberühmte Künstler

Assistenz: **Lilli Krüger**
von der Staatsoper in Berlin

Außerdem:

Zum 1. Male in Halle

Zwei Dormondes	Die Komiker auf dem Einrad
Margarete Howe	Die hervorragende Parodistin a. Flügel
Chas. Gibbs	Amerikanischer Musik - Imitator
Kitty Traneys	Originelle Dressuren
Familie Kremo	Die berühmtesten ihrer Art
Zwei Briants	in ihrer Szene: Im Rausch d. Alkohols

Anf. 7¾ Uhr **Gewöhnl. Preise!**
Vorverkauf ab 11 Uhr an der Kasse ununterbrochen

K·P·D

Bezirksleitung Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Lektur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Sitzung der Bezirksleitung am Montag, dem 17. August, abends pünktlich 6½ Uhr.
Distrikt 5. Sonntag, 16. August, vormittags 9 Uhr, treffen sich die Genossen in der Produktiv-Genossenschaft, Zimmer 4. Die Registrier-Fragebogen sind mitzubringen.
Ammendorf. Mitgliederversammlung Mittwoch, 19. August, 8 Uhr, im „Elstertal".

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Großtreben. Mitgliederversammlung Sonntag, 16. August, nachm. 3 Uhr, Gasthof.
Kaundorf. Mitgliederversammlung Sonntag, 16. August, abends 8 Uhr, im Gasthof.
Beigern - Staritz. Mitgliederversammlung Dienstag, 18. August, 8 Uhr, „Herberge".
Cosdorf. Mitgliederversammlung Mittwoch, 19. August, abends 8 Uhr, bei Näther.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Unterbezirkskonferenz Sonntag, 16. August, vorm. 10 Uhr, in Merseburg in der „Funkenburg". Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein. Bericht v. Reichsparteitag.
Merseburg - Wallendorf. Mitgliederversammlung Dienstag, den 18. August, abends 8 Uhr, in Merseburg in der „Funkenburg".
Dürrenberg - Goddula - Tollwitz. Mitgliederversammlung **Mittwoch, den 19. August**, abends 8 Uhr, in Dürrenberg in der „Sonne".

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Granschütz-Webau. Mitgliederversammlung Sonntag, 16. August, vorm. 10 Uhr, in Granschütz im „Sachsenhof".
Theißen - Luckenau. Mitgliederversammlung Mittwoch, 19. August, abends 8 Uhr, im Gasthof zu Luckenau.

Unterbezirk Wittenberg-Bitterfeld

Muldenstein - Friedersdorf - Pouch. Mitgliederversammlung Dienstag, 18. August, abends 8 Uhr, in Friedersdorf im „Stern".
Zahna. Mitgliederversammlung Dienstag, 18. August, 8 Uhr, im „Thüringer Hof".
Kemski - Zschornborf. Mitgliederversammlung Mittwoch, 19. August, abends 8 Uhr, in Zschornborf im Lokal Troitzsch.
Kritzia. Mitgliederversammlung Mittwoch, 19. August, 8 Uhr, in der „Tanne".
Pratau. Mitgliederversammlung Mittwoch, 19. August, abends 8 Uhr, Parteilokal.

Unterbezirk Mansfeld

Unterbezirkskonferenz Sonntag, 16. August, vorm. 10 Uhr, in Eisleben im „Volkshaus". Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein. Bericht vom Reichsparteitag.
Volkstedt. Mitgliederversammlung Sonntag, 16. August, abds. 8 Uhr, Lokal Deutsch.
Hettstedt - Burgörner. Kombinierte Mitgliederversammlung Sonntag, 16. August, abends 8 Uhr, im „Hohenzollernpark".
Ermsleben-Meisdorf. Mitgliederversammlung Dienstag, 18. August, abends 8 Uhr, in Ermsleben im Lokal Bode.
Burgörner - Hettstedt - Molmeck - Wiederstedt. Mitgliederversammlung am Mittwoch, 19. August, abends 8 Uhr, in Hettstedt im „Hohenzollernpark".

Kreis Sangerhausen

Die Ortsgruppen im Kreise Sangerhausen nehmen an der Unterbezirkskonferenz am Sonntag, 16. August, vorm. 10 Uhr, in Eisleben teil. Alle Ortsgruppen müssen erscheinen. Bericht vom Reichsparteitag.

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Sonntag, 16. August, im „Volkspark", Sommerfest. **Alle Funktionäre treten zur** Einteilung nachmittags 2 Uhr an.
Bezirk 1 (Osten). Montag, den 17. August, **abends 8 Uhr, im Flugplatz-Kasino**, Werbebezirkspflichtversammlung.
Abteilung 8. Dienstag, 18. August, 8 Uhr, Loeks Hof, Abteilungspflichtversamml.
Abteilung 1. Dienstag, 18. August, 8 Uhr, Loeks Hof, Abteilungspflichtversamml.

Unterbezirk Saalkreis

Lenena. Sonntag, 16. August, vorm. 10 Uhr, bei Wenkel, Abteilungsversammlung.
Zöler. Sonntag, 16. August, vorm. 9 Uhr, bei Dietsche, Pflichtversammlung, außerordentliche Mitgliederversammlung aller Ortsgruppen.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Sonntag, 16. August, beteiligt sich die gesamte Ortsgruppe am roten Tag in Gosek. Abmarsch 11 Uhr vom Kaiserplatz.
Weißenfels. Jungsturm. Montag, 17. August, im Kl. Bahnhof, Funktionärsitzung. Sonntag, den 16. August, findet in Gosek ein roter Tag statt, verbunden mit Fahnenübergabe.
Granschütz. Sonntag, 16. August, Ausmarsch nach Lützen. **Antreten früh 8 Uhr.**

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Am Unterbezirkstreffen in Lützen am 16. August beteiligt sich die gesamte Ortsgruppe. **Pflichtveranstaltung.** Fahrgeld 1.20 Mk. Abfahrt Sonntag früh 8 Uhr Roßplatz.
KJV., Unterbezirk Merseburg, beteiligt sich **geschlossen** an der Fahnenweihe in Lützen am 16. August. Abfahrt 8 Uhr vorm. Roßmarkt in Merseburg mit Auto.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Dommitzsch. Sonntag, den 16. August, vormittags 10 Uhr, Pflichtversammlung.
Weidenhain. Sonntag, 16. August, Teilnahme an der Versamml. in Dommitzsch.
Torgau. Montag, den 17. August, abends 8 Uhr, Mitgliederpflichtversammlung.

Unterbezirk Mansfeld

Eisleben. Sonntag, 16. August, abends 8 Uhr, im „Volkshaus", außerordentliche Mitgliederpflichtversammlung.
Die Ortsgruppen **Erdeborn, Helbra, Helfta, Unterrißdorf, Wimmelburg und Wolferode** müssen geschlossen am Sonntag, dem 16. August, an der Versammlung in Eisleben teilnehmen.
Oberröblingen. Sonntag, 16. August, vorm. 9 Uhr, Lokal Henze, Unterröblingen, Versammlung.

Zoo Zoo

Sonntag, den 16. August, nachm. 4 Uhr:

*2507 **Militär-Musik**

Hall. Vereinsorchester. Leitung: Ernst Schmidt

Abends 8 Uhr: **Konzert**

Hall. Sinfonieorchester. Leitung: Benno Plätz

Vorm. 11 Uhr, nachm. 3, 4, 5 u. 6 Uhr:

Vorstellungen der Wild-West-Schau

Indianer, Cowboys und Cowgirls usw.
Leben und Treiben in Wild-West

Eintritt: Erwachsene 40 Pf., Kinder 20 Pf.

Jeden Donnerstag, nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr: **Konzerte** des Hall. Sinfonie-Orchesters. Leitung: Benno Plätz

---

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit

Morgen, Sonntag, den 16. August, von nachmittags 3 Uhr, im „**Lindenhof**", **Cröllwitz**:

Gr. Sommerfest

Preisschießen, Preiskegeln, Tombola-Verlosung, Kinderbelustigungen

Die gesamte Arbeiterschaft ist eingeladen 2508

Der Vorstand

Bilder

mit Glas und Goldrahmen
130×62 cm
für Schlaf- u. Wohnzimmer

auf Teilzahlung

Mark **39,00**

Anzahlung **3,00** Mark 2609
Wochenrate **3,00** Mark

Eichmann & Co.
Gr. Ulrichstraße 51
Eingang Schulstr.

Auf Teilzahlung!

unter günstigen Bedingungen:

Herren- u. Damengarderobe
Mäntel, Kleider u. Kostüme

in reicher Auswahl — Gute Qualität

B. Ehrenreich & Co.

II Tr. 54 Gr. Ulrichstraße 54 II Tr.

Fahrräder

von **100** Mk. an

Vernickeln, Emaillieren, sowie sämtliche **Reparaturen** prompt und billigst

Otto Pfeffer,
Mechaniker 258
Lauchstädter Straße 14

Zurückgekehrt
Dr. Franz Walther

Hals-, Nasen-, Ohren-Arzt

Gr. Steinstr. 74 (Café Bauer)
Sprechst. 9—12, 3—5½ Uhr

Von der Reise

2504 **zurück**

Dr. med. Ettinger, Arzt

Leipziger Str. 84 I, Tel. 4016
Sprechstunden: 9—11, 4—6 Uhr

Kleine Kalandstraße 8 **Weißenfels** Nikolaistr. 33

Fahrräder auf Teilzahlung!
Ersatzteile — Bereifungen 1297

Fahrradvertrieb „Saale"

Nikolaistraße 33 (Hof) **Kleine Kalandstr. 8**
— **Reparaturwerkstatt nur Nikolaistraße 33** —

Am 13. d. M. ist nach kurzem Krankenlager der

Stadtverordnete Herr Ferdinand Staudtmeister

im 59. Lebensjahre verstorben. 2503

Er hat seit Jahren in uneigennützigster Weise im Dienste der Allgemeinheit gewirkt und insbesondere allen städtischen Angelegenheiten das regste Interesse entgegengebracht.

Sein offener Charakter sichert ihm ein ehrendes dankbares Andenken.

Halle, den 14. August 1925

Der Stadtverordneten-Vorsteher. Busse

Kukirolen Sie!

Wollen Sie Ihre Hühneraugen und Hornhaut nicht nur bepflastern, sondern beseitigen, so kaufen Sie keine veralteten Mittel, keine minderwertigen Nachahmungen, sondern das echte Kukirol-Hühneraugen-Pflaster (Schachtel 75 Pfg.). Und wenn Sie nicht nur Ihre Hühneraugen und Hornhaut entfernen, sondern auch Brennen und Wundlaufen verhindern wollen, so baden Sie Ihre Füße in Kukirol-Fußbad (Probepackung 30 Pfg., Doppelpackung 50 Pfg.), und benutzen Sie im Anschluß daran den Kukirol-Streupuder (Blechdose 1 Mk.).

Am zweckmäßigsten nehmen Sie aber die Kukirol-Kurpackung, die alle drei Präparate enthält und nur 2 Mark kostet, denn Sie sparen dabei 25 Pfg.

Fußpflege tut not!

Wenn jeder Schritt unangenehme Empfindungen verursacht, wenn die Füße vorzeitig ermüden, so bekommt nicht nur die ganze Haltung, sondern auch das ganze Tun und Lassen etwas Müdes, Schlaffes.

Sie merken es deutlich und mit Schaudern, wenn jemand aus dem Munde riecht. Der Betreffende selbst aber merkt es nicht.

Genau dasselbe ist es bei Fußschweiß. Wer daran leidet, fühlt es zwar, aber riecht es nicht. Die anderen dagegen fühlen es zwar nicht, aber sie riechen es. Und wie!

Kein anderer Körperteil wird so vernachlässigt, wie die Füße. In undurchlässiges Leder eingezwängt, von der Luft abgeschlossen, mit schmerzenden Hühneraugen behaftet, müssen sie vorzeitig dienstuntauglich werden.

Aber die Einsicht gewinnt Boden, und was viele Tausende Aerzte mit ihren gutgemeinten Belehrungen nicht erreicht haben, das erreichen wir durch unsere guten und bequem anzuwendenden Kukirol-Präparate.

Millionen kukirolen schon!

Millionen werden folgen, sobald sie den ersten Versuch gemacht haben, denn Fußpflege mit Kukirol ist eine Wohltat nicht nur für die Füße, sondern für den ganzen Menschen.

Daher die große Beliebheit der Kukirol-Präparate bei Sportsleuten, Touristen, Militärs, wie überhaupt bei Allen, die Wert auf leistungsfähige Füße legen müssen.

Sie bekommen die echten Kukirol-Präparate in allen Apotheken und Drogerien. Sind sie in einer ausverkauft, dann hat sie sicher die nächste.

Die Kukirol-Präparate sind die am meisten gekauften Fußpflege-Präparate. Zahlreiche Aerzte empfehlen und verordnen diese.

Verlangen Sie von uns aufklärende Literatur über Kukirol-Fußpflege. Die Zusendung erfolgt kostenlos und portofrei.

Kukirol-Fabrik Kurt Krisp, Groß-Salze bei Magdeburg

Verwaltungsgebäude: Reitbahnstraße. Fabrik: Kukirolstraße.

Einladung Einladung

Freie Turnerschaft Zwintschöna

Sonntag, den 16. August, im Hornichen Lokale:

Sommer-Vergnügen!

verbunden mit sportlichen Vorführungen der Schüler und Turner, sow. Preisschießen, Preisbillardspielen

Volles Orchester **Flotte Musik**
Anfang 4 Uhr **Der Vorstand**

Für ff. Speisen und Getränke ist bestens Sorge getragen *2500

Der Wirt: **Richard Horn**

Zurück!

2502

Zahnarzt Dr. Lewinsky

Große Ulrichstraße 2

Gasthof Queis

Zu meiner am **Sonntag, dem 16. August**, stattfindenden *2495

Einweihung

meines durch Bühnenbau vergrößerten und renovierten Saales von 7 Uhr an

Ballmusik

Hierzu ladet freundlichst ein
G. Seidewitz, Gastwirt

Bekanntmachung

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Stadtverordneten-Versammlung soll der Bau eines Zwölffamilien-Wohnhauses ausgeführt werden *2501

Es werden daher die Maurer-, Zimmerer, Dachdecker-, Klempner-, Tischler-, Glaser-, Schlosser- Maler- und Anstreicherarbeiten, Wasserleitungs- und Klosett-Installationsarbeiten, Terrazzo-, Ofensetzerarbeiten, Lieferung von Küchenherden, Lieferung von Mauersteinen, Installationsarbeiten für elektrische Beleuchtung, Herstellung der Einfriedigung zur Erlangung v. Angeboten ausgeschrieb.

Angebotsformulare sind kostenlos auf dem Rathause, Zimmer 6, erhältlich. Daselbst sind die Angebote verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, zum **Montag, den 24. Aug. 1925** vormittags 10 Uhr (Eröffnungstermin) einzureichen

Delitzsch, den 14. August 1925

Der Magistrat

Korn & Zöllner 256

Fernspr. 3763 Brüderstraße 13

Eisenwaren und Werkzeuge

Jugendschriften

können durch unsere **Buchhandlungen** bezogen werden

Astoria, Weißenfels

Freitag bis Montag:

Ein Filmwerk von seltener Vollkommenheit!

Der rote Freibeuter

oder **Die Rache der Entehrten**

1298 Ferner: Die Lustspiele

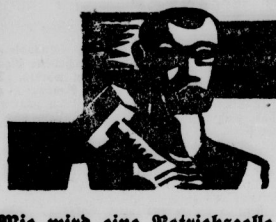
„Sie" als Laufmädchen

und

Eine fidele Fuchsjagd!

Sowie: **Unsere Auslandswoche**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250815-13/fragment/page=0004
DFG



Aus den Betrieben

Wie wird eine Betriebszelle geschaffen?

Aus den Materialien der Org.-Abteilung des EKKI.

Im Anschluß an den Parteitag, der die erneuerte Umstellung der Partei auf Betriebszellen mit in den Mittelpunkt der nächsten Parteiaufgaben gestellt hat, entnehmen wir der „Inprekorr." Nr. 117 folgendes:

Noch immer zeigt sich in den Parteiorganen die Tendenz, den Betriebszellenaufbau schematisch durchzuführen, in der Weise, daß erst nach der Registrierung der Parteimitglieder nach Betriebszugehörigkeit der Ausbau der einzelnen Zellen nacheinander auf Anordnung der Parteileitung geschieht. Diese Parteileitungen vergessen, daß es notwendig ist, die Initiative jedes einzelnen Parteimitgliedes zu wecken und für den Zellenauf- und -ausbau auszunützen. Jeder Parteigenosse muß verpflichtet werden, im Betrieb die kommunistischen Parteimitglieder und Sympathisierenden zu ermitteln und gemeinsam mit den im Betrieb vorhandenen Parteimitgliedern die Zelle zu gründen. Ist er allein im Betrieb, so muß er versuchen, Arbeiter als Parteimitglieder zu werben, damit eine Zelle gegründet werden kann. Selbstverständlich ist es notwendig, eine Registrierung aller Parteimitglieder nach ihrer Betriebszugehörigkeit vorzunehmen, und auch die Betriebe zu registrieren, damit ein planmäßiger Aufbau und eine Kontrolle des Zellenaufbaues möglich ist.

Wie können die Betriebsarbeiter gegen Zoll- und Steuerwucher, für die Gewerkschaftseinheit und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen?

Indem sie überall in den Belegschaften sich Aktionskomitees wählen, die, untereinander verbunden, eine wirklich einheitliche Kampffront herstellen!

Genossen, schafft in den Betrieben solche Aktionskomitees!

Diese Planmäßigkeit darf aber nicht zur Erstickung der Selbsttätigkeit der Parteigenossen führen, denn der systematische Zellenaufbau ist nur möglich, wenn es gelingt, **die Initiative der Parteimitglieder auszulösen** und jedes Parteimitglied zur Arbeit heranzuziehen. Damit die Genossen sehen, wie der Zellenaufbau durchgeführt werden soll, empfiehlt es sich, möglichst oft gute Beispiele über den Aufbau von Betriebszellen in der Tagespresse zu veröffentlichen. Wir geben im folgenden einige solcher Beispiele wieder in der Erwartung, daß künftig möglichst viele Genossen über diese Fragen an die Parteileitung schreiben, damit durch die Veröffentlichung ein Erfahrungsaustausch in weitestem Ausmaß geschehen kann.

Der Zellenobmann eines Schachtbetriebes schreibt uns:

„Bei uns in der Grube kommen mehrere Ortschaften zusammen. Ich setzte mich mit den Vorständen der kommunistischen Ortsgruppen in Verbindung, ließ mir die Genossen, die in unserem Betriebe arbeiten, aufschreiben. Von diesen suchte ich mir die zuverlässigsten aus, und wir kamen an einem Sonntag zusammen. Es wurde diskutiert über die Zellenarbeit im Betrieb. Die einzigste Frage war, ob wir illegal oder legal arbeiten sollen. Nach dem Beschluß, daß wir illegal arbeiten wollen, und nachdem wir uns einig waren, wie wir alle Genossen erfassen können, hielten wir eine Versammlung mit dem Referat über „Zellenarbeit im Betrieb" ab. Nach gründlicher Aussprache gingen wir zur Konstituierung der Zelle über. Auf unseren Gruben werden drei Schichten verfahren. In jeder Schicht wurde ein Schichtzellenleiter sowie ein Literatur- und Gewerkschaftsleiter gewählt. Diese Genossen wurden zur Gesamtzellenleitung zusammengefaßt. Von dem Obmann dieser Leitung erhielten die gewählten Genossen die Anweisung, alle Parteimitglieder im Betrieb zur regelmäßigen Arbeit heranzuziehen. Die Zellenleiter wurden von mir verantwortlich gemacht, daß die beschlossenen Arbeiten auch ausgeführt werden. Jeder Abteilungszellenleiter hat die in seiner Abteilung arbeitenden Genossen schriftlich mitgeteilt bekommen und mit diesen muß er ständig in Fühlung bleiben. Ich als Obmann mache Stichproben, ob die Genossen der Zellen in jeder Schicht von den Aufträgen, die ihr Leiter von mir erhalten hat, auch informiert sind. So ist es möglich, daß jeder Genosse zur praktischen Mitarbeit herangezogen wird.

Unsere Zelle kommt alle 14 Tage zusammen. Die Zellenleiter jeder Schicht sind daher verantwortlich, daß die Mitglieder ihrer Zelle an den Versammlungen teilnehmen. Jeder Ressortleiter muß einen Bericht über die vergangenen zwei Wochen geben, wodurch die Versammlungen interessant werden.

Die Kassierung im Betrieb ist wohl die schwierigste Frage, weil die Parteileitung sie nicht konkret durchgeführt hat. Es gibt Ortsgruppen, welche sich noch nicht von dem alten trennen können und von der Zellenarbeit nicht überzeugt sind. Aber ich bin am Werke, in unserem Betrieb die Kassierung doch durchzuführen, und zwar in folgender Weise: Es wird in jeder Schicht ein Unterkassierer gewählt und für den Gesamtbetrieb ein Hauptkassierer der Betriebszelle. Die Unterkassierer der einzelnen Schichten rechnen mit dem Zellenkassierer und dieser mit dem Kassierer der Ortsgruppe ab. Auf diese Weise wird es möglich sein, die Kassierung im eBtrieb durchzuführen."

Zellenobmann der Grube P. M.
Unterschrift:

Ein anderer Zellenobmann schreibt folgendes über die Gründung der Betriebszelle:

„Von der örtlichen Parteileitung ließ ich mir die Namen der Genossen geben, die in meinem Betriebe arbeiten. Einen Teil kannte ich schon persönlich, ein anderer Teil war mir aus Betriebsversammlungen, die ich sehr genau beobachtet hatte, bekannt. Nun holte ich zunächst die mir bekannten Genossen aus den einzelnen Abteilungen zusammen und gab ihnen die Namen der Parteimitglieder mit der Einladung zu einer Versammlung, die zunächst am Abend stattfand. Ich hatte nicht das trockene Thema: „Die Gründung einer Betriebszelle", auf die Tagesordnung gesetzt, sondern eine Angelegenheit, die gerade die Belegschaft interessierte und bewegte. Der Erfolg war ein glänzender. Von den Eingeladenen fehlten nur zwei Mann, von denen sich einer entschuldigt hatte. Wir erledigten unsere Angelegenheit und schufen eine Betriebszelle.

(Schluß folgt.)

Was ist die IAH.?

Getreulich folgt eine Reihe von unbelehrbaren SPD.-Funktionären den Anweisungen des „Volksblatt", welches vor kurzem vor den Sammellisten der IAH. warnte und eine bis ins letzte einheitliche Kampf- und Hilfsaktion für die ausgesperrten Bauarbeiter dadurch sabotierte. Auch auf der Stinnes-Grube „Fürstenberg" in Wansleben hat der Betriebsrat sich über die Sammlungen für die ausgesperrten Bauarbeiter aufgeregt und verweigert, daß Listen im Betriebe herumgehen. Es wurde behauptet, daß die IAH. eine rein kommunistische Einrichtung sei, und daß die freien Gewerkschaften ja selbst Solidaritätsmarken herausgeben.

Erstens haben die Arbeiter in vielen Verbänden von der Solidaritätsmarke noch gar nichts gesehen.

Zweitens ist — leider — nicht die gesamte Arbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert und kann durch diese Marken also nicht restlos erfaßt werden.

Drittens weiß die Arbeiterschaft nur zu gut, daß diese Markenkleberei keine Garantie bietet, daß auch wirklich **sofort** die ausgesperrte Arbeiterschaft den **praktischen Nutzen davon hat.**

Viertens machen diese Sammlungen nicht überflüssig, daß noch weitere Sammellisten herumgehen, die an das Solidaritätsgefühl sämtlicher Arbeiter, ganz gleich, wo sie organisiert sind, appellieren und den Fonds für die kämpfenden Bauarbeiter noch mehr stärken.

Die IAH. ist außerdem, wie sie bereits bei den verschiedensten Gelegenheiten gegenüber den sozialdemokratischen Verleumdungen öffentlich festgestellt hat, **keine Einrichtung der Kommunistischen Partei und auch selbst keine politische Partei, sondern eine proletarische Organisation,** die im Gegensatz zu den bürgerlichen sozialen Hilfsorganisationen eben **das Proletariat in seinen Kämpfen und seiner Not unterstützt.** Gerade die IAH. ist geeignet, in solchen Situationen wie im Bauarbeiterkampf ein Bindeglied zwischen den gewerkschaftlich zersplitterten Arbeitern zu sein und die Herstellung einer geschlossenen Kampf- und Gewerkschaftseinheit zu fördern. Es ist also eine Verunglimpfung der IAH. und zugleich eine Schädigung der kämpfenden Bauarbeiter und der gesamten Arbeiterklasse, wenn sozialdemokratische Betriebsräte die Sammlungen auf IAH.-Listen verweigern oder sabotieren.

Kollegen in den Betrieben! Gebt deshalb allen Verleumdungen die richtige Antwort und stärkt weiterhin den Kampffonds der Bauarbeiter!

Ein neuer Unglücksfall in der Mansfeld A.-G.

Erst im vorigen Monat hat der **Bitzthum-Schacht** unter der Belegschaft wieder ein Todesopfer gefordert. In der Nacht vom 4. zum 5. August ist nun wieder an derselben Stelle durch **Sprengstoffexplosion ein schwerer Unfall** erfolgt.

Wir wundern uns, daß nicht auf dem Schacht selbst sich Kollegen gefunden haben, die darüber sofort dem „Klassenkampf" berichteten. Schlummert dort alles in süßer Ruh, oder ist schon alles durch die faszistischen Organisationen verseucht worden? Wir müssen nun also von außen versuchen, auf diese Unfälle einmal etwas näher einzugehen.

In den maschinellen Bohrbetrieben, in denen meist 3 bis 4 Arbeiter arbeiten, herrscht bei der sechsstündigen Arbeitszeit an dieser Stelle ein unerhörtes **Antreibesystem.** Im Laufstempo erledigen die Arbeiter ihre Arbeit, greifen nach den Bohrmaschinen und lassen in dieser Hetze alle Gefahren außer Acht. Da nützt auch nicht der Ausbang der Direktion, daß in stehengebliebenen Pfeilen, in denen sich meist noch Dynamit befindet, nicht gebohrt werden darf. Die Hetze treibt dazu, daß die Arbeiter an diese Vorschriften nicht denken. Ein paar Beispiele mögen zeigen, **wie die Unternehmer an dieser Hetze die Schuld tragen:**

1. Vor kurzem wurden Prämien ausgesetzt für den, der zwei Meter bohrte, und es sollte auf diese Art an nur drei Maschinen dasselbe geleistet werden wie bisher an vier Maschinen.

2. Zuweilen ist aus verschiedenen Umständen eine Bohrung nicht möglich. Zur Strafe muß dann eine Schicht zugegeben werden, so daß die Arbeiter, um dieser Schicht zu entgehen, eben alle Gefahren außer acht lassen.

Wir können natürlich verstehen, daß die Arbeiter so handeln, weil ihre Not so groß ist, aber **die Arbeiter müssen an dem Ende sich wehren, wo es ihnen selbst nicht zum Schaden gereicht,** und das ist, daß sie diese ganze Akkordschufterei bekämpfen und auf höheren Gedinglohn bestehen.

Kollegen, Ihr seht es doch jeden Tag, wie die Unternehmer unter einer Decke stecken, um die ganzen Lasten des Dawes-Planes durch neue Steuern, durch den Zollwucher und durch diese Lohnschinderei nur aus Euch herauszupressen. Wenn Ihr nachdenkt, müßt Ihr doch einsehen, daß ein **geschlossener Kampf der Arbeiterklasse** solchem Vorgehen Einhalt gebieten könnte. Wir können das morsche System stürzen und in Deutschland auch einen solchen Aufbau vornehmen, wie ihn Euch, wenn sie nun bald aus Sowjet-Rußland zurückkommen, unsere Delegierten schildern werden, und wie Ihr ihn doch hoffentlich auch für Eure Belegschaft anfordern werdet! Aber für diesen Kampf müssen wir auch eine geschlossene Masse sein, uns unbedingt wieder in den freien Gewerkschaften organisieren und in diesen eine wirkliche Arbeiterpolitik mit durchsetzen helfen. Auf an die Arbeit!

Können Arbeiter Sommernachtsbälle feiern?

Im Verbandsorgan des Deutschen Verkehrsbundes vom vorigen Monat befindet sich eine **Statistik über die Straßenbahnerlöhne.** Daraus ist ersichtlich, daß die Merseburger Ueberlandbahn-A.-G. mit den Löhnen fast an letzter Stelle steht, trotzdem der Herr Kollege Schaumburg immer das Gegenteil behauptet. Die Löhne schwanken zwischen 67 und 54 Pf. pro Stunde und sind bis zum 30. September abgeschlossen. Es ist ja auch besser so. Man schließt gleich bis Ultimo, damit die Herren Unternehmer nicht so oft belästigt werden. Die Proleten mögen ja sehen, wie sie mit den paar Pfennigen auskommen können.

Bei der Ueberlandbahn-A.-G. herrscht noch ein besonders feiner, aus der wilhelminischen Zeit stammender Lohnzahlungsmodus. Es wird nur aller zehn Tage Lohn gezahlt. Und just an einem solchen Sonnabend, wo es fünf Tage her ist, daß es Geld gegeben hat, ladet die **Verwaltung Halle** des Deutschen Verkehrsbundes ihre Mitglieder zu einem **„fröhlichen Beisammensein",** in Gestalt eines „Großen Sommernachtsfestes" am 15. August im „Volkspark" ein. Also, Ihr Proleten von der Merseburger Ueberlandbahn, Ihr habt am Dienstag, dem 11. August, Lohn erhalten — viel war's nicht, zum Verhungern zuviel, zum Satterwerden zu wenig, der nächste Lohntag ist am Freitag, dem 21. August, da erscheint nur alle recht zahlreich am 15. August zum Sommernachtsball. Wovon Ihr Eure Familien die folgende Woche ernähren sollt, das erzählt Euch der Kollege Schaumburg dort.

Stinnes-Krach und mitteldeutsche Chemie- und Kohlenindustrie

Einem größeren Wirtschaftsartikel der „Roten Fahne" über „Umgruppierungen" entnehmen wir folgende, für die mitteldeutsche Arbeiterschaft besonders wichtige Ausführungen:

Das Auseinanderfallen des Stinnes-Konzerns, die Verlegenheiten der großen Montan-Konzerne sind nur die eine Seite der Vorgänge, die sich heute in der Organisierung des deutschen Kapitalismus abspielen, die andere Seite ist die Herausbildung neuer großer Monopole unter Führung des Chemiekapitals. An Stelle der Kapitalzusammenballungen der Nachkriegszeit, die, Stinnes voran, gerade dadurch charakterisiert sind, daß sie keine Monopole gewesen sind, steigt das festgefügte Monopol an die Oberfläche der deutschen kapitalistischen Wirtschaft.

Deutlich ist diese Entwicklung, deren Tendenzen schon seit Wochen sich abgezeichnet haben, mit dem Erwerb der Kontrolle über Riebeck-Montan durch die Badische Anilin- und Sodafabrik geworden.

Riebeck-Montan ist aus der letzten Konzerngründung des alten Hugo Stinnes erwachsen, aus seinem Versuch, das deutsche Oelkapital zu konzernieren. Die Grundlagen von Riebeck-Montan sind die Olea-Werke A.-G. für Mineral-Oelindustrie und die A.-G. für Petroleum-Industrie (Api) gewesen. Beide Gesellschaften wurden mit der Hugo Stinnes Riebeck-Oel-Handelsgesellschaft, die zunächst sie nur verwaltet hatte, vereinigt. Die Kontrolle über die Hugo Stinnes Oel-Handelsgesellschaft, die zu dem Hamburger Ueberseehandelsgeschäft von Stinnes gehörte, wurde der Hugo Stinnes Montan- und Oelwerke A.-G. übertragen, von dessen Aktienkapital — 50 Millionen Mark — die Stinnes-Familie etwa 19 Millionen Mark besessen hat.

Mit dieser Schachtelgesellschaft glaubte der Stinnes-Konzern sowohl das Oel-Handelsgeschäft nach und in Deutschland ohne wesentliche eigene Petroleum-Grundlage und die Oel-Herstellung aus Braunkohle — die Riebeck-Montan umfaßt vor allem große Braunkohlenbergwerke — beherrschen zu können. Aber gerade das Oel-Handelsgeschäft hat neben dem Ueberseehandelsgeschäft nach dem Ende der Inflations-Schieberkonjunktur dem Stinnes-Konzern Millionen gekostet und seine Pleite mit herbeigeführt.

Den Stinnes-Besitz an Riebeck-Montanaktien hat die Badische Anilin- und Sodafabrik erworben, nachdem innerhalb des Stinnes-Konzerns die noch im Besitz der A.-G. Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Ueberseehandel in Hamburg befindlichen Aktien der Hugo Stinnes Oel-Handelsgesellschaft an Riebeck-Montan übergegangen waren. Der Kaufpreis steht mit 16,5 Millionen Mark etwa 5 Prozent über dem Börsenkurs von Riebeck-Montan, eben um deswillen, weil die Aktien von Riebeck-Oel auf ihn übergegangen waren.

Die **Badische Anilin- und Sodafabrik** ist die führende Gesellschaft des Anilin-Konzerns der aus den maßgebenden acht großen Chemie-Unternehmungen Deutschlands samt ihren Tochtergesellschaften besteht, und der mehr und mehr aus einer Interessengemeinschaft ein Trust zu werden beginnt. Eine Gemeinschaftsunternehmung des Anilin-Konzerns ist das **Leunawerk** bei Halle, also dort, wo auch Riebeck-Montan seinen Schwerpunkt hat. Es werden durch den Uebergang von Riebeck-Montan auf die BASF. nicht nur die mitteldeutschen Braunkohlenwerke konzerniert: es bildet sich vor allem unter Führung des Anilin-Konzerns ein Oel-Monopol in Deutschland. Die Verfahren zur Verflüssigung von Steinkohle, d. h. ihrer Verwandlung in Oel durch Vereinigung von Wasserstoffgas mit Kohlenoxydgas (Bergins-Verfahren), sind so weit ausgestaltet, daß sie die großindustrielle Ausnutzung zulassen. Der Anilin-Konzern will sich das Monopol dieser Oelherstellung sichern. Er sichert es sich durch Angliederung von Steinkohlenzechen (Verbindung mit Rheinstahl und dessen Kohlengruben an der Ruhr), durch die Erwerbung der Braunkohlenwerke Mitteldeutschlands, durch die Uebernahme der von Stinnes ausgestalteten Oel-Handelsorganisationen.

Eine weitere Monopolbildung, diesmal unter Führung von Griesheim-Elektron, einer anderen der Gesellschaften des Anilin-Konzerns, kommt hinzu: es ist die Konzernbildung in der Produktion und im Vertrieb von Industriegas.

Unter der Firma **„Vereinigte Sauerstoff-Werke GmbH."** in Berlin sollen vom 1. Oktober an die Produktion und der Verkauf von Sauerstoff, Stickstoff, Azetylen und Edelgas (zur Füllung elektrischer Lampen) vereinigt werden. Verschmolzen werden, nachdem die Patentzeit für die Gasherstellung abgelaufen ist, die Unternehmungen von Griesheim-Elektron vor allem mit Lindes Eismaschinen-Gesellschaft, die flüssige Luft herstellt. Angegliedert werden soll — auch hierin zeigt sich die Umgruppierung von der Stinnes-Kapitalzusammenballung zum Monopol — der neuen Konzern-Gesellschaft die zum Stinnes-Konzern gehörende Koholyt-A.-G., die die Papier- und Zellulose-Interessen von Stinnes kontrolliert hat. Der Schwerpunkt des neuen Gasmonopols wird nach Mitteldeutschland — Bitterfeld — verlegt. Gesteigert soll vor allem die Herstellung von Wasserstoffgas werden, das zur Kohlenverflüssigung notwendig ist.

Das Geld für den Ankauf von Riebeck-Montan, die 16,5 Millionen Mark, die heute kein Pappenstiel sind, hat die Länderbank hergegeben, die, ehe sie die Konzernbank des Anilin-Konzerns wurde, zum Inflations-Konzern Castiglioni in Wien gehört hat. Woher die Länderbank das Geld hat, wird verheimlicht. Wahrscheinlich stammt es vom französischen und amerikanischen Großkapital, mit dem der Anilin-Konzern eng liiert ist. Wie denn überhaupt das Charakteristische der neuen Monopolbildung in der Zeit der Kreditnot zu sein scheint, daß sie sich in Industriezweigen vollzieht, die, dank ihrer natürlichen Beschränkung auf Deutschland (Kali) oder ihrer technischen Fortschritte (Chemie) hohe Ueberprofite abwerfen, die das ausländische Großkapital anlocken.

Es vollzieht sich, infolge der Dawesterung Deutschlands, eine Kapitalabwanderung von der Montanindustrie zur Chemieindustrie.

Das Chemiekapital siegt über das Kohlen- und Montankapital. Das Oel verdrängt die Kohle. Die Kohle, die bisher auf den Halden liegen blieb, weil das Petroleum an seine Stelle trat, wird selbst in Oel verwandelt. Das Chemiekapital wird zum Konkurrenten des Kohlenkapitals auch da, wo das Kohlenkapital bisher noch von dem Chemiekapital einen Vorsprung zu haben schien: bei der Kohlenchemie. Schon beginnt das neue Industriegas-Monopol des Anilin-Konzerns die Gaserzeugung, auch die von Wasserstoff, als Nebenprodukt der Koherei zu bedrohen.

Diese ganze Umgruppierung im deutschen Kapitalismus vollzieht sich unter unmittelbarer Staatshilfe mittels der Steuerpolitik und der Hochschutzzollpolitik. Sie ist von größter Bedeutung für die ökonomische Schichtung des deutschen Kapitals und damit für die politische Schichtung der deutschen Bourgeoisie, für die sie der Ausgangspunkt neuer Aktivität werden kann. Sie ist von größter Bedeutung für die deutschen Proletarier — die Chemiearbeiter gehören zu den schlechtbezahltesten Arbeitern Deutschlands —, für alle die Millionen Werktätigen, die durch den Steuerraub und den Zollwucher die Mittel dazu hergeben, daß der Götze Kapital in neuer Form sich riesenhaft vor ihnen wieder aufrichtet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250815-13/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Staatliche „Fürsorge"

Daß aus Proletarierkindern nur keine Klassenkämpfer werden — dies zu erreichen hat sich der bürgerliche Staat als Erziehungsaufgabe gesetzt. Sonst ist ihm egal, ob die Kinder umkommen, ob sie, kaum der Schule entwachsen, in die Fabrik gehen müssen und bei langer Arbeitszeit unter den schlechtesten Bedingungen ihren Lebensunterhalt kärglich verdienen.

Wehe dem Arbeiter, der nun nicht so will wie der Staat es vorschreibt. Ihm werden rücksichtslos die Kinder weggenommen und in Zwangserziehung gesteckt, wo sie keineswegs erzogen, sondern meist verdorben zurückkommen. So ging es auch dem Arbeiter Hermann Käsebier aus Halle. Als dieser im Jahre 1921 wegen politischen Vergehens im Kirchtor saß, nahm man ihm einfach seinen heute siebzehnjährigen Sohn Paul weg und steckte ihn in staatliche Fürsorge. Der Vater hat sich seit Jahren unablässig bemüht, seinen Sohn wieder herauszubekommen. Er weiß, daß dieser jetzt in der Nähe von Fulda untergebracht ist, wo er von morgens vier Uhr bis spät abends arbeiten muß, in einer erzkatholischen Umgebung. Er versprach, den Sohn in die Lehre zu geben, wozu für ihn Aussichten bestehen. Er weiß auch, daß sein Sohn sich gut führt, so daß gar keine Veranlassung besteht, ihn noch festzuhalten. Aber die Tatsache, daß der Arbeiter K. Kommunist ist, bildet den wahren Hintergrund dafür, daß er sein Ziel, die Freilassung seines Sohnes, nicht erreichen kann.

In der letzten Zeit wandte er sich an den Landeshauptmann, der ihm riet, bei Gericht Beschwerde einzureichen. Auf diese Beschwerde ist nun eine geradezu klassische Antwort eingelaufen, die den Muckergeist der deutschen Behörden aufs deutlichste offenbart. Der Beschluß lautet:

Beschluß.

In der Fürsorgeerziehungssache des minderjährigen, am 4. Dezember 1907 geborenen Paul Käsebier aus Halle, zurzeit in Fürsorgeerziehung in der Anstalt Sannerz. Der Einspruch des Photographen Hermann Käsebier in Halle (Saale), Mansfelder Straße 47, gegen die Entscheidung des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen vom 2. Juni 1925 wird zurückgewiesen.

Gründe.

Der minderjährige Paul Käsebier ist auf Grund des Beschlusses des Vormundschaftsgerichts vom 13. Mai 1922 in Fürsorgeerziehung untergebracht worden, weil er durch die Enge der damaligen häuslichen Verhältnisse und durch eigene Neigung sittlich schwer gefährdet war und weil er sich ferner nach unregelmäßigem Besuch der Schule dauernd arbeitslos und arbeitsscheu herumtrieb.

Die Ehe seiner Eltern war zur Zeit des Erlasses des Beschlusses bereits geschieden, und zwar wegen Verschuldens beider Teile. Sein Vater, der Photograph Käsebier, hat sich inzwischen wieder verheiratet.

Der Photograph Käsebier hat schon früher mehrfach den Antrag gestellt, seinen Sohn aus der Fürsorgeerziehung zu entlassen, ist aber jedesmal mit seinem Antrag abgewiesen worden. Er hat jetzt beim Landeshauptmann der Provinz Sachsen seinen Antrag auf Entlassung seines Sohnes wiederholt. Der Landeshauptmann hat dem Antrag nicht stattgegeben. Gegen diese Entscheidung hat der Antragsteller form- und fristgerecht den Einspruch beim Vormundschaftsgericht eingelegt. Der Einspruch ist unbegründet. Entlassung aus der Fürsorgeerziehung kann nur erfolgen, wenn der Zweck der Fürsorgeerziehung erreicht ist oder die Erreichung des Zweckes sichergestellt ist. Der Zweck der Fürsorgeerziehung liegt insbesondere darin, die Verwahrlosung des Minderjährigen, die durch Unzulänglichkeit der Erziehung des Erziehungsberechtigten droht, zu verhüten. Dieser Zweck kann im Falle des Paul Käsebier als erreicht nicht angesehen werden. Paul hat sich zwar in der Fürsorgeanstalt nicht schlecht geführt. Er ist aber erst 17 Jahre alt. Ein Hauptgrund für die Anordnung der Fürsorgeerziehung war gerade sein ausgeprägter Hang zum Nichtstun. Er kann noch nicht genügend gefestigt sein, um jeder Stütze zu entraten. Er hat ferner noch bis vor kurzem stark an Epilepsie gelitten, wie die Fürsorgeakten ergeben, und muß deshalb eine gesunde nikotin- und alkoholfreie, vor Ausschweifung jeder Art bewahrte Lebensweise führen. Er bedarf also eines besonders festen äußeren Haltes.

Der Antragsteller, dem nach § 1635 BGB. das Erziehungsrecht zusteht, erscheint nicht als geeignet, ihm diesen Halt zu bieten. Der Vater des Minderjährigen gehört nach der Auskunft des Magistrats in Halle selbst zu den Leuten, die ständig die öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen. Er ist außerdem vor kurzem mit seiner Familie seiner bisherigen Mietwohnung zwangsweise entsetzt worden, weil er seit langem keine Miete mehr bezahlt hat, lebt also in so ungeordneten Verhältnissen, daß er seinem Sohn schon deshalb keinen festen Rückhalt gewähren kann. Die Erziehungsverhältnisse erscheinen endlich dadurch keineswegs günstiger, daß jetzt eine Stiefmutter in der Familie vorhanden ist.

Weiterhin ist auch die Erreichung des Zweckes der Fürsorgeerziehung nicht anderweitig sichergestellt. Das bloße Versprechen des Vaters, seinen Sohn in die Lehre zu geben, reicht dazu, wie bereits in dem Beschluß des Amtsgerichts vom 28. Dezember 1922 festgestellt worden ist, nicht aus. Es kommt hinzu, daß der Antragsteller nach seinen Vermögensverhältnissen, selbst wenn er den besten Willen hätte, gar nicht in der Lage ist, seinem Sohn ein Handwerk erlernen zu lassen. Abgesehen hiervon kann außerdem überhaupt nicht angenommen werden, daß Paul Käsebier in einer Lehrstelle bei den erwähnten häuslichen Verhältnissen die feste Stütze erhalten würde, die er nach seiner geistigen und körperlichen Beschaffenheit braucht.

Seine Entlassung aus der Fürsorgeerziehung ist daher vom Landeshauptmann mit Recht abgelehnt worden.

Sollte der Antragsteller sich etwa dadurch beschwert fühlen, daß sein Sohn als landwirtschaftlicher Arbeiter beschäftigt wird, während er ausreichende Begabung zur Erlernung eines Handwerks besitzt, so bleibt ihm überlassen, diese Frage beim Landeshauptmann anzuregen. Für die Entscheidung über die Entlassung aus der Fürsorgeerziehung kommt sie nicht in Betracht.

Halle (Saale), den 26. Juni 1925.

Amtsgericht, Abt. 14.
gez.: Dr. v. Bentivegni, Amtsgerichtsrat.

Nach dem Vorhergesagten erübrigt sich jeder Komentar hierzu. Aber typisch ist, wie man aus der Zwangserziehung Entlaufene behandelt, um den wirklichen „Erziehungswert" der staatlichen „Fürsorge" richtig einzuschätzen. **Man läßt die Kinder einen Badeanzug anziehen, dann müssen sie ins Wasser, und so wie sie herauskommen, werden sie geschlagen. Ein wahrhaft humane Methode!**

Die Aenderung der Erziehung war auch eines der Versprechen, die unsere prächtige schwarzrotgoldene Weimarer Verfassung der Arbeiterschaft gab. **Was sie gehalten hat, zeigt der Fall Käsebier.**

Hände weg von den Sozialrenten

Den Sozialrentnern wurde durch den Reichstag nach heftigen Kämpfen eine Erhöhung ihrer Postgrundrenten von 16 auf 20 Mk. bewilligt. Diese Erhöhungen werden aber durch die Maßnahmen der Städte zunichte gemacht, die die Sozialrenten um den Betrag kürzen, um den die Postrenten gesteigert wurden. Es tritt also eine Ersparnis der Sozialpolitik der Städte auf Kosten des Sozialrentners ein. Der Zweck der Uebung soll doch eine Steigerung der völlig unzureichenden Bezüge sein, die einem Sozialrentner zusteht.

Die Sozialrentner werden daher am Sonntag, dem 16. August, vormittags 9 Uhr, im „Volkspark" gegen den geplanten Rentenraub demonstrieren. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden erwartet daher, daß sich alle in Frage Kommenden an der Kundgebung beteiligen.

Hindenburg-Kurs gegen Mieter

Es ist kaum länger als eine Woche her, da brachten wir der hallischen Arbeiterschaft einen unerhörten Fall von Exmittierung zur Kenntnis, wo man die Mieter einfach ohne Zuweisung einer neuen Wohnung auf die Straße gesetzt hat. Unser Appell an den Magistrat hat nicht nur nichts genützt, sondern es verdichtet sich der Hindenburg-Kurs des hallischen Magistrats gegen die Mieter, und nun ist schon wieder eine solche Schandtat zu verzeichnen, wie sie kaum jemals dagewesen sein mag.

Es muß vorausgesagt werden: die hier zu schildernde Exmission liegt nicht einmal am Wohnungsmangel. Sie liegt einfach daran, daß ein feister Agrarier seine Mieter aus dem Hause wirft, um selbst ungehört von dem „Pöbel", „der Bande", „dem Pack", wie er sie nennt, zu sein. Selbstverständlich ist also, daß diesem Gutsbesitzer alles gewährt wird, während man die Mieter erbarmungslos auf der Straße kampieren läßt — denn die Mieter sind nur Proleten.

Die Mieter sind ein **alter Leierkastenmann Sarski und seine Familie, bestehend aus Frau, zwei Töchtern und einem zweijährigen Kind,** das der einen verheirateten Tochter gehört. Sarski, der Krüppel ist, hat trotz seiner unendlichen Armut

immer pünktlich seine Miete an den Hauswirt, den Gutsbesitzer Landwirt Brömme in der Trothaer Straße 14, entrichtet.

Obgleich Brömme noch das Gut Nepperitz bei Wurzen besitzt, will er alle seine Mieter aus dem Hause verdrängen, und so kommt es, daß er noch mit vier Mietparteien in Klage liegt. Mehrere Prozesse hat Brömme zwar schon zugunsten seiner Mieter verloren. So wollte er nicht zulassen, daß im Hofe getrocknet wird, und er ließ alle Haken zum Anbringen von Wäscheleinen herausreißen. Die Mieter gewannen den Prozeß, und nun mußten sie auf eigene Kosten neue Haken anbringen.

Für den Hinauswurf des Leierkastenmannes Sarski aber wurde ein besonderer Grund gefunden. Dem Landwirt Brömme krepierten fünf Hühner. Er behauptete, Sarski habe sie mit Phosphor vergiftet, den er einer Kartoffelsuppe beigemischt hatte, die er den Hühnern gab. Er erstattete Anklage, und als Zeugin wurde **die 15jährige Tochter Sarskis, die geistig beschränkt ist,** vorgeladen. Bei ihrer Vernehmung auf der Kriminalpolizei wurde sie gefragt, ob sie für 20 Pf. Phosphor gekauft habe, das mit der Kartoffelsuppe den Hühnern gegeben worden wäre.

Wenn sie nicht die Wahrheit gestehe, müsse sie für immer auf der Polizei bleiben.

Unter diesem Drucke sagte das unzurechnungsfähige Mädchen aus, daß dies zutreffe. Daraufhin wurde Sarski zu 30, die eine Tochter ebenfalls zu 30 und die andere zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Der Hauswirt Brömme nahm das Urteil zum Anlaß, beim Wohnungsamt die Exmission der Familie Sarski zu verlangen, die er auch durchsetzte. **Es wurde entschieden, ohne daß Sarski eine andere Wohnung zugewiesen erhielt.**

Nun wußte sich die arme Familie keinen Rat, und

sie kampierte fünf Tage unter einer Linde in Trotha.

Der Hausrat blieb im Torweg des vorher bewohnten Hauses stehen, wo immer die Türen verschlossen waren. Plötzlich schloß Brömme die Türen auf und rief den Umstehenden mit bezug auf Sarskis Hausrat zu: „Jeder kann hier nehmen, **was er will.**" Zu dem Unglück, das der staatserhaltende Agrarier auf die Leute heraufbeschworen hatte, kam also noch Spott und Hohn und die Aufreizung zum Diebstahl.

Ein kommunistischer Stadtverordneter nahm sich der Familie an und brachte sie zur Polizei, damit diese ihre gesetzmäßige Pflicht der Unterbringung erfülle. Eine Nacht durften sie dort bleiben. Aber der alte Sarski konnte das Liegen auf der Pritsche nicht aushalten.

Jetzt hat der alte Mann sich selbst geholfen und zog mit seiner Familie — auch dem zweijährigen Kinde — in eine alte Baubude, die bei einer verlassenen Sandgrube steht.

Dort ist ein Raum von 4 Metern und einer von 2 Metern. Fenster sind in dieser Bude nicht. **Dafür aber kann man durch die Wände sehen. Das Dach und die Dielen sowie die Wände sind vollständig verfault. Ratten haben freien Zutritt. Uebereinandergeschichtete Mauersteine mit Draht sind zu einer Feuerstelle eingerichtet worden. Das ist die Wohnung für eine vierköpfige Familie. Diese Baubude ist zum Zunageln, und weil die Erwachsenen sich ihren Hauskram zusammenzusuchen gezwungen sind, muß das zweijährige Kind allein und auf Lumpen in dieser Bude sitzen.**

Es ist als Kontrast hierzu zu sagen, daß die Wohnung in der Trothaer Straße, aus der man die Familie hinausgeworfen hat, von diesen immer peinlich sauber gehalten wurde. Frühere Mitbewohner haben sich wegen Unterkunft von Sarski an die Polizei gewandt. Sie erhielten aber zur Antwort, das ginge sie nichts an.

Was sagt der Magistrat zu diesem unerhörten Vorgang?

Er läßt die Mieter einfach auf der Landstraße umkommen. Und was sagen die Behörden zu einer Kriminalpolizei, die mit Drohungen falsche Aussagen aus jemand herausholt, der gar nicht für das verantwortlich gemacht werden kann, was er sagt?

Was sagt Herr Brömme, der „notleidende" Gutsbesitzer dazu, daß ihm trotz des Wegzuges von Sarski noch 23 Hühner krepiert sind? Er gibt ihnen nämlich so gut wie gar kein Futter, und da sind diese Vorgänge, die solch fürchterliches Elend im Gefolge haben, gar kein Wunder. Brömme ist übrigens durch Schiebungen aus dem Kriege her bekannt.

Es muß sofort Abhilse geschaffen werden!

Aber wir müssen uns über das eine klar werden: Es wird nicht der letzte Fall gewesen sein. So wie man die 60jährige Frau aus ihrer Wohnung entfernt hat, wie man gegen einen Krüppel und gegen unschuldige Kinder vorgeht, wird man nach und nach gegen alle vorgehen, die auf Grund ihrer dürftigen Bezahlung und ihrer furchtbaren Auspowerung mit der Miete im Rückstand bleiben. Schon rüsten sich die Hausbesitzer, den Hindenburg-Kurs voll einzuhalten. Schon rüsten sich die anderen Ausbeuter des Proletariats, ihnen das letzte Stück Brot wegzunehmen, und schon rüsten sich die Arbeitgeber, zu all dem noch weniger Lohn zu zahlen, als es jetzt schon gibt.

Dann wird in der Stadtverordnetensitzung, wie das gewöhnlich ist, irgendein Stadtrat aufstehen, wenn die Kommunisten empört fragen, wie das geändert werden solle, und wird mit vornehmer Ruhe bedeuten: Das Gesetz gestattet es uns. Und das Gesetz zwingt uns dazu.

Zum Teufel mit allen Denen, die sich hinter das Gesetz verschanzen. Zum Teufel mit diesen Gesetzen, die unendliche Not unter das Proletariat bringen.

Arbeiter, merkt auf solche Vorfälle, die keine Einzelfälle sind, sondern der Auftakt zu Eurer geplanten Vernichtung.

Beantwortet diesen Plan mit der Vernichtung alles desjenigen, was Euch am Leben hindert.

Wohnungswucher

Ein ausgesperrter Bauarbeiter schreibt uns:

Ich bin seit 1922 auf dem hiesigen Wohnungsamt als Wohnungssuchender eingetragen. Da ich jetzt krank bin und der Arzt Bettruhe verordnete, schrieb ich an das Wohnungsamt und bat um eine blaue Karte, da in der Wohnung meiner Mutter, wo in einer Kammer acht Personen in vier Betten schlafen, es für mich unmöglich war, mich zu erholen. Das Wohnungsamt schrieb mir, meine Nummer sei zu hoch und ich solle mir ein möbliertes Zimmer suchen. Ich kaufte mir eine Zeitung und fand darin folgende Anzeige: Zwei teilweise möblierte Zimmer zu vermieten. Zu erfragen Gr. Steinstraße 52, 1 Treppe. Ich kam dorthin und der Inhaber, ein Herr von Seggern, erklärte mir, er vermittle die Zimmer und zwar monatliche Miete 85 Mark. Ich dachte, ich solle vom Stuhle fallen. Als ich ihm sagte, daß ich das bald nicht verdiente, sagte er mir, wenn er mal was Billigeres hätte, wolle er mir Bescheid zukommen lassen. Dafür sollte ich ihm aber zwei Mark da lassen. Ich habe ihn einfach stehen lassen und bin gegangen.

Ist das nicht Wucher?

Achtung, Bauarbeiter! Am Montag, dem 17. August, abends 7 Uhr, im „Volkspark" (großer Saal): Mitgliederversammlung. Am Dienstag, dem 18. August, vormittags 10 Uhr, im „Volkspark": Ausgabe der Lebensmittel. Die ländlichen Kollegen haben ebenfalls dieselben abzuholen. Ohne Streikkarte keine Lebensmittel. **Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter.**

* **„Volkspark."** Heute, Sonnabend, veranstaltet der Deutsche Verkehrs-Bund in den Räumen des „Volkspark" sein diesjähriges Sommerfest. Im kleinen Saal haben die Schuhmacher ihr Stiftungsfest. Morgen, Sonntag, findet das Sommerfest vom Roten Frontkämpfer-Bund statt. Zur Unterhaltung werden allerlei Kinderbelustigungen beitragen. Im Garten findet ein großes Konzert und im großen Saal ein Ball statt. Bei ungünstiger Witterung findet alles in den Räumen statt. Am Dienstag, dem 18. August, wird wieder ein besonderes, gut ausgewähltes Programm zum Vortrag kommen. Das Burgemeister-Gesangsquartett hat an diesem Tage seine Mitwirkung zugesagt. Auch die schon des öfteren angesetzte „Italienische Nacht" wird zur Ausführung kommen. Die Verwaltung läßt nichts unversucht, um der hallischen Arbeiterschaft in ihrem eigenen Heim etwas zu bieten, erwartet aber auch, daß dieses gewürdigt wird und die Konzerte recht rege besucht werden.

* **Stadt-Theater.** Am Montag, dem 17. August, (10 bis 2 Uhr) ist die Theaterkasse wieder geöffnet. Für die Inhaber vorjähriger Stammkarten werden Anmeldungen bis einschließlich Mittwoch, ab Donnerstag werden Neuanmeldungen entgegengenommen.

* **Zoo.** Morgen, Sonntag, nachmittag 4 Uhr, Militärmusik; abends 8 Uhr, Konzert. Vormittags 11 Uhr, nachmittags 3, 4, 5 und 6 Uhr Vorstellungen der Wild-West-Schau, Indianer, Cowboys, Cowgirls usw., Leben und Treiben in Wild-West. Jeden Donnerstag nachmittag 4 und abends 8 Uhr Konzerte des Hall. Sinfonie-Orchesters.

* **Walhalla-Theater.** Heute, Sonnabend, verabschieden sich die Künstler des Eröffnungsprogramms. Ab morgen, Sonntag, beginnt ein kurzes Gastspiel von Sylvester Schäffer. Außerdem ist hierzu ein großes Varieté-Programm verpflichtet, dessen Künstler sämtlich zum ersten Male in Halle auftreten.

Aus der Jugendbewegung

Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Halle

Sonntag ½3 Uhr Treffen auf dem Wettiner Platz. Die gesamte Gruppe beteiligt sich an der Veranstaltung des RFB. im „Volkspark". Jedes Mitglied muß 10 Pf. Eintrittsgeld, wofür es ein Geschenk erhält, mitbringen.

Arbeiter-Sport

Ballspielklub Giebichenstein. Sonntag, den 16. August, fährt Giebichenstein 1. und 2. nach Piesteritz zum Propagandaspiel. Giebichenstein 1. gegen Fußballring Berlin 1.; Giebichenstein 2. gegen Wittenberg 2. Abfahrt 5.22; Treffpunkt 5.10. Die 3 Mannschaft spielt um 2 Uhr auf der Peißnitz gegen ASC.: Wiebach, Rappsilber, Haase, Funke 1, Stollberg, Schröder, Bruber, Göcht, Schulze, Funke 2, Hunger. Treffpunkt 1 Uhr Platz. Die Jugend fährt zum Propagandaspiel nach Bruckdorf. Gegner wird erst ausgelost. Mannschaft wie immer. Ersatz: P. Barth. Treffpunkt 11 Uhr Lokal.

TV. „Die Naturfreunde". Gebietstreffen (südlicher Teil des Gebiets Halle) am Sonnabend und Sonntag, dem 15. und 16. August, in Querfurt. — Pflichtteilnahme für die Ortsgruppen: Ammendorf, Döllnitz, Halle, Schkeuditz, Merseburg, Neu-Rössen, Leuna, Weißenfels, Naumburg, Querfurt, Sangerhausen, Eisleben, Creisfeld, Helfta, Ahlsdorf und Großörner-Klostermansfeld. Sonnabend abend 8 Uhr Treffen am Bahnhof, evtl. Fackelzug nach dem „Wiesenhaus" zur Feierstunde. Sonntag: Besichtigung der Stadt. Wanderung nach den Fichten, dort Berichte, Besprechungen, sowie Spiel und Sport.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Werbeschwimmen in Könnern am Sonntag, dem 16. August, nachmittags 3 Uhr, in der Saale, veranstaltet von den Wassersportlern des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Es werden Reigen, Rettungsschwimmen, Schwimmen für Kinder, Frauen und Männer in allen Schwimmarten, Stafetten, Tauchen usw. vorgeführt. Alle Freunde des Arbeitersports werden hiermit eingeladen, zahlreich zu erscheinen. **Dienstag, den 18. August, abends** 8 Uhr, findet im „Bürgergarten" die Gründungsversammlung einer Schwimmabteilung des Arbeiter-Turnvereins „Frisch auf" statt, zu der wir alle Freunde des Wassersports, ob jung oder alt, einladen.

BfB. Trotha 2. Elf spielt Sonntag, den 16. August, vormittags 10½ Uhr, gegen **Teutonia 2.** auf der Peißnitz. Teutonia und den Schiedsrichter von Minerva machen wir darauf aufmerksam, daß das Spiel laut Vereinbarung auf vormittag festgesetzt wurde, da nachmittags Dölau mit drei Mannschaften auf unserem Platze gegen Sandersleben spielt. — Dienstag, den 18. August, abends 8 Uhr, Vorstands- und Mannschaftssitzung.

Sportklub „Vorwärts" Brachstedt 21 sucht zum Stiftungsfest am 13. September zwei erstklassige Mannschaften zwecks Ausführung eines Propagandaspiels. Ferner noch eine 2. und 3.-klassige Mannschaft. Spielofferten sind zu richten an Hermann Rappsilber. Spiele werden in der „Börse" noch erledigt. Bitte um sofortige Nachricht: 1. Spielleiter Hermann Rappsilber, Brachstedt bei Niemberg.

Sportbrüder 1925. Infolge Absage Teutonias findet **das Propagandaspiel in Passendorf nicht statt.** Wir verweisen nochmals auf die heute, Sonnabend, angesetzte Versammlung im Vereinsheim „Stadt Dresden".

Minerva 1. gegen Wörmlitz 1. Beide Mannschaften stehen sich am Sonntag um 3 Uhr auf dem Minervaplatz gegenüber. Gleichzeitig laden wir hiermit alle Freunde und Gönner des Vereins zu unserem am Sonntagnachmittag auf dem Platze stattfindenden **Kinderfest** ein. (Kinderbelustigungen, Glücksrad, Preisschießen.) Montag abend 7 Uhr spielen auf dem Fichteplatz **Fichte Damen** gegen **Minerva Damen.**

Sportvereinigung „Achilles" von 1890 (Handballmannschaft) spielt am Sonntag, dem 16. August, 1. Mannschaft gegen Dölau 1., Schüler gegen Dölau Schüler in Nietleben 9 Uhr vormittags.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Während der Abwesenheit des Gruppenturnspielleiters, Sportgenossen A. Mosebach, sind alle den Spielbetrieb betreffenden Zuschriften ab 12. August bis auf weiteres an Sportgenossen Gerh. Haußner, Halle a. S., Cansteinstraße 13, ptr., zu senden.

Germania-Felsenfest. Sonntag, den 16. August, treffen sich sämtliche Mitglieder, bekannte und Sportfreunde, im Vereinslokal Charlottenstraße 19 zum Garten- und Kinderfest. Alles Nähere dort. Anfang 4 Uhr.

Fichte Jugend spielt morgen, Sonntag, den 16. August, vormittags ½10 Uhr, in Teicha gegen Teicha Jugend. Abfahrt 7.55 Halle.

Schiedsrichter-Vereinigung für Turnspiele, 2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Am Montag, dem 17. August, abends ½8 Uhr, zur Spielausschußsitzung haben sämtliche Vereine, die an den Serienspielen teilnehmen, durch die Delegierten die geprüften Schiedsrichter ihres Vereins namentlich mit Adresse zu melden. Laut Satzung müssen zu jeder 1. Mannschaft zwei Schiedsrichter, für jede weitere ein Schiedsrichter gemeldet sein. Falls noch keine geprüften Schiedsrichter für die gemeldeten Mannschaften vorhanden sind, wird ersucht, alle Vereine am Mittwoch, dem 19. August, abends ½8 Uhr, Restaurant „Zur Blume", Torstraße, Prüflinge zu entsenden. Vereine, die diesen Verpflichtungen bis dahin nicht nachkommen, werden vom Serienspielen ausgeschlossen. Ferner werden die Schiedsrichter Werner, Herrmann (Fichte, Halle), Ewald Lange (Dölau), Hans Jänicke, Alfred Spiller, Paul May (Schwimmer), Kurt Bandermann (Adler), Willi Schönherr, Otto Wagner und Paul Mätzschger (Fichte, Ammendorf) je mit 50 Pf. Strafe belegt wegen unentschuldigten Fehlens zur Schiedsrichtersitzung am 10. August. Sämtliche Zuschriften sind von jetzt an zu richten an den Obmann Hermann Bornkessel, Halle a. S., Lauchstädter Straße 27.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Kurzes Gastspiel
Sylvester Schäffer
im Walhalla-Theater
Dazu ein großes internationales Varietéprogramm
Beginn: Morgen, Sonntag, den 16. August, abends 7¾ Uhr
Trotz der enormen Kosten hat die Direktion Vogel die geringen ferienmäßigen Eintrittspreise nicht erhöht *2055

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250815-13/fragment/page=0006

Kampfende · Jugend

Der Märtyrertod des polnischen Jugendgenossen Bottwin

Der zwanzigjährige Lederarbeiter Naphtali Bottwin, der den polnischen Provokateur Cechnowski in Lemberg auf der Straße erschossen hat, ist am 6. August um 1 Uhr 15 Minuten mittags auf dem Gefängnishofe „Brygidke" in Lemberg hingerichtet worden.

Genosse Bottwin verzichtet sich vor dem weißgardistischen Standgericht und unmittelbar vor der Hinrichtung als ein wahrer Held. Das stolze Gesicht dieses jugendlichen Helden blieb ruhig, als man ihm das Todesurteil verkündete.

„Ich bin Kommunist", sagte er zu den weißgardistischen Richtern, „und bereue nicht meine Tat, einen Provokateur erschossen zu haben." Als man Bottwin nach seinen Mittätern fragte, antwortete er: „Ich trage selbst die Verantwortung für meine Tat." Er gab niemanden an. Die polnische Polizei versuchte das Andenken dieses Helden zu besudeln und verbreitete Nachrichten, Bottwin habe seine Genossen angegeben. Das ist eine gemeine Lüge. Bis zum letzten Atemzuge seines kurzen Lebens dachte dieser jugendliche Held an die Kommunistische Partei und das kommunistische Ideal. Sein Gesicht strahlte von innerer Freude, als ihm, der am Hinrichtungsplatze stand, hunderte Augen politischer Gefangener, die aus ihren Zellen hinausschauten, begegneten und mit Hochrufen von ihm Abschied nahmen. „Ich bin glücklich", sagte er zu seinem Verteidiger Dr. Axer, „das ist die schönste Stunde meines Lebens."

Bottwins Leben war trübe und ungemein traurig. Das Leben eines echten Proletarierkindes. Geboren im Jahre 1905 in einem kleinen galizischen Städtchen, verlor er frühzeitig seinen Vater. Nach Absolvierung der dritten Volksschulklasse mußte er schon Geld verdienen, um seine Mutter und sieben Geschwister zu ernähren. Als dreizehnjähriger Knabe verkaufte er Zigaretten, ging nachher in die Lehre zu einem Schuster und wurde Zuschneider.

1923 wird er Mitglied der Kommunistischen Jugend, und Ende 1924 wird er Parteimitglied. Er arbeitet tüchtig in der Ledergewerkschaft. Am 28. Juli erschießt er Cechnowski, den blutbesudelten, niederträchtigen Provokateur. Bottwin wird zum Rächer der Arbeiterklasse Polens. Seine Kugel tötet den Verräter der Arbeitersache, den gefährlichsten Provokateur, der der Kommunistischen Partei jahrelang großen Schaden angetan und die besten Genossen um das Leben gebracht hat.

Die Nachricht von Cechnowskis Tod dringt wie ein Lauffeuer in alle Arbeitsstätten Polens. Die Arbeiter von Warschau, Lodz usw. jubeln. Das Blut von Waginski und Wieczorkiewicz wurde endlich gerächt.

Bottwin zeigte uns, wie ein Kommunist sich seinen Klassenfeinden gegenüber verhalten soll, wie ein Kommunist sterben soll! Mit stolzem Mut, erhobenen Hauptes und mit strahlenden Augen ging Bottwin unter die Mauern, wo acht Soldaten mit geladenen Gewehren seiner harrten. Dem Rabiner wies er die Tür, als er in seine Zelle eintrat. Er singt die „Internationale". Der Zwanzigjährige läßt sich die Augen nicht verbinden. „Es lebe die Revolution!", „Es lebe der Kommunismus!", „Nieder mit der Bourgeoisie!" klingen seine letzten Worte. Es knallen acht Schüsse, und Bottwin fällt nieder.

Erschütternde Erregung packt die Anwesenden, sogar die Klassenfeinde. Die Verteidiger weinen. Oben in den Zellen singen die Politischen die „Internationale" mit ergriffener Stimme und rufen: „Wir werden Deinen heldenhaften Tod, Dein Blut rächen". „Nieder mit der Bourgeoisie!"

Bottwin ist nicht tot. Sein Geist ist unsterblich. Er lebt in uns. Sein Name ist eingeschreint in die Herzen der Proletarier Polens und der ganzen Welt.

Ehre dem Andenken des jungen Helden!

Hallische Jugend auf Landagitation

Frühmorgens um 6 Uhr. Leer ist noch der Hallmarkt. Nur einzelne junge Genossinnen und Genossen stehen am Treffpunkt. Aber langsam sammelt sich alles. Herzliche Begrüßungen. Worte werden gewechselt. Man steht zusammen, spricht über alles Mögliche, was gerade das Herz bedrückt. Die Zeit eilt, ungeduldige Worte und Blicke treffen den Leiter. Endlich, nach halbstündigem Warten, geht es los. Tüchtig wird ausgeschritten, denn vier Stunden lang ist der Weg zum Orte, welcher als Ziel gesteckt ist. Vorüber an wogenden Getreidefeldern, fruchtbeladenen Aeckern, strotzenden Wiesen. Freier bewegt sich die Brust in der würzigen Luft der Heide, welche wir passieren. Auf den Anhöhen, welche sich links der Saale hinziehen, wird Rast gemacht. Vor uns am anderen Ufer der Saale liegen die ersten Dörfer, in welche wir revolutionären Geist in Wort und Schrift hineintragen müssen. Die Vorbereitungen dazu werden getroffen. Jeder Genosse und jede Genossin erhält zehn „Junge Garde". Dann wird voll Arbeitseifer aufgebrochen. Im ersten Dorfe angelangt, entwickelt jeder einzelne seine Fähigkeiten. Die ersten Zeitungen werden angeboten. Aber aller Anfang ist schwer, das erfuhren wir auch hier. Jedoch unverdrossen geht es weiter. Von Dorf zu Dorf. Einer versucht den anderen zu übertrumpfen im Anbieten, Verkaufen. Der eine ungeschickt und schüchtern, der andere wieder sicher und selbstbewußt. Derjenige hat die besten Erfolge, der die Dorfbewohner am besten anzufassen versteht. So geht es von Dorf zu Dorf. Am Eingang des von uns auserwählten Städtchens wird Halt gemacht. Sammeln, ordnen, Antreten zu vieren. Einige abends Abgewanderte schließen sich an. Unter dem Spiel von Mandolinen und Geigen, übertönt durch den Gesang jugendfrischer Kehlen, marschiert die Gruppe revolutionärer Jugendlicher in das Städtchen ein. Die erstaunten Blicke der Bewohner folgen uns, teils mit freundlicher Zustimmung, teils voller Verachtung aus fleischigen Spießer- oder Großbauerngesichtern. Es wird Mittagsrast gemacht. In der Badeanstalt tummelt man sich in erfrischendem Wasser, welches den ermüdeten Körper neu belebt. Rufe ertönen: „Alles fertigmachen!" Jeder beeilt sich so schnell wie möglich beim Anziehen. Einzelne zeigen noch keine Lust dazu. Schließlich geht es aber doch. Alles formiert sich zu Vieren. Demonstration durchs Städtchen. Wuchtig erklingen die Kampflieder, gesungen von kampfbegeisterter Jugend und getragen von dem Bewußtsein der inneren Kraft und Ueberzeugung. Durch Straßen und Gassen, oft ziemlich unwegsam, wird marschiert. Neben dem Zuge gehen die Zeitungsverkäufer und bieten den Nebenherlaufenden und am Straßenrande Stehenden unser Kampforgan an. Fast alle größeren Straßen werden beim Durchmarsch berührt. Dann marschieren wir wieder zurück zur Badeanstalt. Hier noch ein kurzes Ausruhen. Bald ist die Zeit des endgültigen Aufbruchs zum Rückmarsch gekommen. Singend ziehen wir heimwärts durch andere Dörfer, die wir beim Hinmarsch nicht berührt haben. Auch hier entfalten wir unsere Tätigkeit. Der Rest der Zeitungen wird verkauft. Die Schatten der abendlichen Dämmerung senken sich schon über Wiesen und Felder, Täler und Höhen. In dämmernder Heide wird die letzte Rast gemacht. Freudig teilt einer dem anderen mit, wieviel Zeitungen er verkauft hat. Alle haben ihre Pflicht getan vom jüngsten bis zum ältesten Mitglied, beseelt von dem Willen, mitzuhelfen, seinen Teil an dem großen Befreiungskampfe der Arbeiterklasse beizutragen.

Jugendrecht in Sowjet-Rußland

Aus dem Arbeitsgesetzbuch der USSR.

Arbeitszeit

§ 94

Die Dauer der normalen Arbeitszeit darf weder in [illegible] betrieben noch auch bei Hilfsarbeiten, die für die Produktion notwendig sind, acht Stunden übersteigen.

§ 95

Die Dauer der Arbeitszeit darf sechs Stunden nicht übersteigen:

a) für Personen im Alter **von 16 bis 18 Jahren,**

b) für Personen, die mit **Geistes- oder Kontorarbeit** beschäftigt sind, mit Ausnahme derjenigen, deren Arbeit unmittelbar mit der Produktion verbunden ist,

c) für Personen, die mit **unterirdischen Arbeiten** beschäftigt sind, gemäß dem Verzeichnis der Berufe, die vom Volkskommissariat für Arbeit vorgeschrieben sind.

Für Personen, die in Produktionszweigen beschäftigt sind, die besonders schwer und für die Gesundheit schädlich sind, wird ein **abgekürzter Arbeitstag** gemäß dem Verzeichnis und den Normen festgesetzt, die von dem Volkskommissariat für Arbeit vorgeschrieben sind.

§ 96

Die in §§ 94 und 95 festgesetzte Dauer der Arbeitszeit wird **bei Nachtarbeit um eine Stunde verkürzt.**

Als Nachtzeit gilt die Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.

§ 103

Arbeit außerhalb der normalen Arbeitszeit (**Ueberstundenarbeit**) ist **grundsätzlich nicht zulässig.**

Ruhezeit

§ 109

Allen Arbeitern wird eine wöchentliche ununterbrochene Ruhe von **mindestens 42 Stunden** gewährt.

§ 110

Denjenigen Arbeitern in Unternehmungen, Anstalten oder Wirtschaften, die nach ihren Arbeitsbedingungen den allgemein festgesetzten wöchentlichen Ruhetag nicht benutzen können, ist die Ruhe an anderen für sie zweckmäßigen Tagen zu gewähren. Diesellben Vorschriften erstrecken sich auch auf Personen, die in Unternehmungen tätig sind, deren Tätigkeit nach ihrer Art eine ununterbrochene ist. In diesen letzteren Unternehmungen werden an Stelle des allgemein festgesetzten Ruhetages besondere Ruhetage für jede Arbeitergruppe bestimmt.

§ 111

Die Vornahme von Arbeiten ist verboten an folgenden Feiertagen:

a) am 1. Januar — Neujahr,
b) am 22. Januar — Gedenktag des 9. Januar 1905,
c) am 12. März — am Tage des Sturzes der Monarchie,
d) am 18. März — am Tage der Pariser Kommune,
e) am 1. Mai — am Tage der Internationale,
f) am 7. November — am Tage der proletarischen Revolution.

§ 113

Am Vorabend der Ruhe- und Feiertage (§§ 109 bis 111) soll die Dauer des Arbeitstages **sechs Stunden nicht übersteigen,** wobei diese Tage **wie ein voller Arbeitstag bezahlt werden;** bei Sonderbezahlung sind die nach diesen Paragraphen nicht voll mit Arbeit ausgefüllten Stunden ergänzend nach den Sätzen der entsprechenden Kategorien zu bezahlen.

Anmerkung: Von dem Arbeitsverdienst der Personen, die Monatszahlungen erhalten, sind Abzüge für Feier- und Vorfeiertage nicht zulässig.

Urlaub

§ 114

Allen Personen, die Lohnarbeit leisten, wird, wenn sie ununterbrochen mindestens fünfeinhalb Monate gearbeitet haben, einmal im Jahre ein ordentlicher Urlaub gewährt, dessen Dauer **mindestens zwei Wochen** betragen muß. Für Personen **unter 18 Jahren soll die Dauer des ordentlichen Urlaubs nicht unter einen Monat betragen.**

§ 115

Personen, die in besonders schädlichen und gefährlichen Unternehmungen arbeiten, wird **außer dem in § 114 vorgesehenen Urlaub** ein **Ergänzungsurlaub von mindestens zwei Wochen** gewährt.

§ 117

Die Ausnutzung des Urlaubs kann innerhalb des ganzen Jahres erfolgen, soll aber nicht den normalen Gang der Arbeit in den Unternehmungen, Anstalten und Wirtschaften behindern.

§ 120

Ist der ordentliche Urlaub in einem Jahr ohne Schuld des Arbeiters nicht ausgenutzt worden und hat der Arbeiter für ihn eine Entschädigung nicht erhalten (§ 91), **so soll er im folgenden Jahre für die nicht ausgenutzte Dauer ergänzt werden.**

Die Arbeit der Frauen und Minderjährigen

§ 129

Verboten ist die Annahme zur Arbeit von Frauen und Personen **unter 18 Jahren** in **besonders schweren und gesundheitsschädlichen Betrieben** und bei **unterirdischen Arbeiten.**

§ 130

Frauen und Personen unter 18 Jahren dürfen zur Vornahme von Nachtarbeit nicht zugelassen werden.

§ 135

Verboten ist die Annahme von Personen unter 16 Jahren zur Arbeit.

Anmerkung: In Ausnahmefällen haben die Arbeitsinspektoren das Recht, auf Grund einer besonderen Anweisung, die vom Volkskommissariat für Arbeit im Einvernehmen mit dem Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften herausgegeben ist, die Erlaubnis zu geben, daß Minderjährige, die nicht jünger als 14 Jahre sind, zur Arbeit zugelassen werden.

§ 136

Für Personen unter 16 Jahren, die bereits in Unternehmungen gearbeitet haben oder aufs neue auf Grund der Anmerkung zu § 135 eintreten, wird ein vierstündiger Arbeitstag festgesetzt.

§ 137

Die Mindestzahl der Minderjährigen für einzelne Zweige der Industrie wird durch besondere Bestimmungen normiert, die vom Volkskommissariat für Arbeit im Einvernehmen mit dem Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften herausgegeben werden.*)

*

Das ist ein Auszug aus dem im Jahre 1922 festgelegten und heute noch gültigen Arbeitskodex der Sowjetrepublik. Hier sind keine Kommentare notwendig: lesen und vergleichen! **Vergleichen** diesen Arbeitskodex eines Arbeiterstaates; **seine Jugendschutzbestimmungen,** die er gewährt und auch durchführt (dafür bürgt die starke Hand des proletarischen Staates!), mit den kärglichen und heuchlerischen „Schutzbestimmungen", die es in der deutschen „Republik" gibt und die wir im Vorstehenden ausführlich beschrieben haben.

Die Schlußfolgerungen lassen sich dann von selbst ziehen.

*) Die Vorschrift des § 137 bezweckt die Sicherung ausreichenden Nachwuchses.

An den Pranger mit den Lehrlingsschindern!

Ein Lehrlingschinder ist der Glasermeister Kurt Wahlbuhl, Naumburg, Kl. Mariengasse 4. Der Lehrling Kurt Valenta wurde von diesem am vergangenen Dienstag, weil er 5 Minuten später zur Arbeit kam, mit Latten-stücken bearbeitet, bis diese zerbrachen. Am Kopf und linken Oberarm sah man die Spuren dieser Mißhandlung. Der Grund der Behandlung dürfte aber doch wohl ein anderer sein. Der Lehrling ist nämlich Mitglied des Roten Jungsturms und betätigt sich mit in der Jung-Spartakus-Gruppe. Der Sohn des Meisters, ein 12jähriger Laufjunge, hetzt nämlich mit Vorliebe seinen Hund auf die Jungens und Mädels der Jung-Spartakus-Gruppe. Da sich das die Jugendgenossen verbaten, schmiert dieser Wicht den Lehrling bei seinem Vater an und die Folge war, daß der Unmensch seine Körperkräfte an dem Jungen ausließ. Wir raten dem Meisterlein, in Zukunft von dieser Art Lehrlingsbehandlung Abstand zu nehmen, andernfalls weitere Schritte unternommen werden müssen. Lehrlinge im Handwerk, schließt Euch der Kommunistischen Jugend an. Euren Krautern zum Trotz!

In der letzten Zeit häufen sich die Fälle von Lehrlingsmißhandlungen sehr stark. Wohin diese führen können, zeigt das Beispiel des Weißenfelser Schuhmacherlehrlings, der sich infolge der schlechten Behandlung bei seinem Meister das Leben genommen hat. Durch die Gewerkschaften und Jugendämter müssen ernsthafte Schritte unternommen werden, die diesen prügelwütigen Meistern das Handwerk legen. Auch die Eltern der Lehrlinge müssen ihr Augenmerk mehr auf die Behandlung derselben im Betriebe legen und sich derartige Mißhandlungen der jungen Arbeiter energisch verbitten. Die erwachsenen Klassengenossen in den Werkstätten müssen die jungen Proletarier in Schutz nehmen und durch eine Vertretung im Betriebsrat die Rechte der Jugendlichen wahrnehmen.

An alle Ortsgruppen im Bezirk!

Am Sonntag, dem 23. August, vormittags 10 Uhr, findet im Saale der Produktiv-Genossenschaft eine

Bezirksfunktionärkonferenz

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Politische Lage und unsere Gewerkschaftsarbeit.

2. Internationaler Jugendtag.

Alle Ortsgruppen müssen wenigstens 2 bis 3 Genossen entsenden, möglichst Pol- und Ortsleiter.

B.-L. der KJD. Halle-Merseburg.

Die bayrische Reaktion

Die KJ. in Bayern verboten

Bayern ist das Land der schwärzesten Reaktion. Das geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Kommunistische Partei dort am längsten verboten war. Vor nicht allzu langer Zeit ist nun das Verbot der Partei aufgehoben worden. Man müßte sich nun eigentlich denken, daß auch die Kommunistische Jugend sich wieder legal betätigen kann. Doch ist dem nicht so. Man höre und staune: Die bayrische Staatsregierung hat **es in das Belieben jedes einzelnen Polizeipräsidenten gestellt, die Kommunistische Jugend zu erlauben oder weiterhin zu verbieten.** So erleben wir das Schauspiel, daß in München dieselbe sich öffentlich betätigen darf, während der Augsburger Polizeipräsident als echter Reaktionär das Verbot weiterhin aufrechterhält. Aber trotz aller Polizeischikanen und trotz der Illegalität sind die Genossen nach wie vor äußerst rührig und sie lassen sich in ihrer Jugendarbeit nicht beeinträchtigen. Unterstützung der kirchlichen und völkischen Reaktion, Niederhaltung der Arbeiterschaft, insbesondere des revolutionären Jung-Proletariats und Mißachtung aller aus der republikanischen Verfassung herrührenden Rechte, besonders das der Koalitionsfreiheit! Das ist die beste Illustration dieser Republik, deren Verfassungstag man vor einigen Tagen mit großem Geschrei gefeiert hat. Es wird Zeit, daß die Arbeiterschaft das Doppelgesicht dieser Republik erkennt und sich in die proletarische Klassenfront gegen die monarchistisch-republikanische Reaktion einreiht.

Rüstet zum 11. Internationalen Jugendtag in Merseburg und Wittenberg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250815-13/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Revolution!

Rot flammt die Glut!
Volk ist erwacht!
Bürger — Dein Blut
Fließt diese Nacht!

Sei stark — Prolet!
Werde hart wie Erz.
Der Bürger schont
Kein Menschenherz!

Denk an die Not!
Prolet — diese Nacht
Dem Bürger den Tod!
Dir — alle Macht!

(Aus: „Rote Lieder und Gedichte".)

Salz

Von J. Babeli.

Teurer Genosse Redakteur! Ich will Ihnen von den törichten Frauen schreiben, die uns schaden. Ich hoffe, daß Sie bei der Besichtigung der Bürgerfronten, über die Sie sich Notizen machten, die verstockte Station Fastow nicht ausgelassen haben, die siebenmal sieben Länder weit in unabsehbarer Ferne liegt. Ich bin selbstverständlich dort gewesen, habe Hausmacherbier getrunken. „Den Schnurrbart voll Schaum, in den Mund kommt's kaum." Von dieser oben erwähnten Station gibt es gar viel zu erzählen — aber wie es in unserem gemeinen Leben zu sagen Sitte ist — man muß manchen guten Brocken liegen lassen. — Darum werde ich Ihnen nur das beschreiben, was meine Augen selbst gesehen haben.

Vor sieben Tagen war eine stille, liebe Nacht, als unser glorreicher Zug der berittenen Armee, mit Soldaten beladen, stehen geblieben war. Wir alle waren von dem Wunsche entflammt, der gemeinsamen Sache zu helfen, und fuhren in der Richtung nach Berditschew. Allein wir bemerkten, daß unser Zug sich immer noch nicht in Bewegung setzte, und die Soldaten begannen zu zweifeln und beratschlagten, warum er denn hier so lange halte. Und wahrhaftig — es kam zu einer für die allgemeine Sache sehr großen Verzögerung — infolge der Spekulanten, unserer bösen Feinde, die auf den eisernen Dächern fuhren und von denen, wie man wußte, ein jeder mitunter bis fünf Pud Salz im Sacke mitführte. Aber nicht lange dauerte der Triumph der kapitalistischen Spekulanten. Die Initiative der Soldaten, die aus den Waggons herausgekrochen waren, gab den Eisenbahnern ihre geschwundene Autorität wieder zurück. Nur Personen weiblichen Geschlechts samt Gepäck blieben in der Nähe zurück. Voll Mitleid mit ihnen setzten die Soldaten einige Frauen in die Waggons, andere aber auch nicht. Auch in unserem Waggon der zweiten Kompanie gab es zwei Mädchen, und als es zum zweitenmal geläutet hatte, trat eine stattliche Frau mit einem Kind an uns heran und sagte:

„Laßt mich, liebe Kasatschki, zu euch hinein; den ganzen Krieg warte ich auf den Bahnhöfen mit dem Säugling auf dem Arm und möchte jetzt zu meinem Mann, aber der Eisenbahn wegen kann ich nicht zu ihm; wäre es denn nicht möglich, dies durch euch, Kasatschki, zu erreichen?"

„Also gut, Frau," sage ich zu ihr, „je nach dem, was die Kompanie beschließen wird, wird Euer Schicksal ausfallen."

Und da wandte ich mich an die Kompanie und begann ihr klarzumachen, daß die stattliche Frau mit einem Kind zu ihrem Mann fahren möchte, und daß sich tatsächlich ein Kind bei ihr befinde, und fragte, welchen Beschluß die Kompanie fassen wolle — ob man sie hereinlassen solle oder nicht.

„Laß sie herein," riefen meine Leute, „wenn sie erst bei uns gewesen ist, wird sie die Lust auf ihren Mann verlieren."

„Nein," sagte ich den Jungen ziemlich liebenswürdig, „allen Respekt vor dir, Kompanie, aber es wundert mich, so eine Dummheit zu hören; erinnert euch an euer Leben, wie ihr noch als Kinder bei euren Müttern gewesen seid, denn sonst kann etwas geschehen, wovon man nicht einmal sprechen dürfte."

Und die Kasaken sprachen darüber, daß ich, Balmaschow, eine überzeugende Rede gehalten hätte, und ließen die Frau in den Waggon herein; sie kroch dankend herein. Und alle waren von der Wahrheit meiner Worte derart gerührt, daß sie die Frau zu sich hinsetzten und ihr um die Wette zuredeten:

„Setzen Sie sich, Frau, in den Winkel, seien Sie nett mit Ihrem Kind, wie es die Mütter tun, niemand wird Sie in Ihrem Winkel belästigen, und Sie werden unberührt zu Ihrem Mann kommen, wie Sie es sich wünschen, wir aber binden Ihnen aufs Gewissen, daß Sie Ihre Kinder als Ablösung für uns aufziehen, denn das Alte wird älter, und vom Jungen ist noch nicht viel zu sehen. Viel Unglück haben wir gehabt, im ordentlichen Militärdienst und dann später. Der Hunger hat uns bedrückt und die Kälte gebrannt. Sie aber können hier sitzen bleiben und brauchen sich keinerlei Sorgen zu machen . . ."

Und als es zum drittenmal geklingelt hatte, setzte sich der Zug in Bewegung. Und eine liebe Nacht breitete über uns ihr Zelt aus. Und in diesem Zelt gab es Sterne. Und die Soldaten erinnerten sich an die Nacht und den grünen Stern in Kubanj, ihrer Heimat. Und der Gedanke flog wie ein Vogel so rasch. Und die Räder lärmten und lärmten dahin . . .

Nach Verlauf einiger Zeit, als die Nacht von ihrem Posten abgelöst wurde, und die roten Trommler auf ihren roten Trommeln das Morgenrot zu spielen begannen, da traten die Kasaken an mich heran, denn sie sahen, daß ich schlaflos dasaß und furchtbar traurig war.

„Balmaschow," sagten die Kasaken zu mir, „weshalb sitzest du so traurig und schlaflos da?"

„Ich verbeuge mich tief vor euch, Soldaten, und bitte um die Erlaubnis, mit dieser Bürgerin einige Worte zu wechseln . . ."

Und am ganzen Leibe zitternd, erhob ich mich von meiner Bank, die der Schlaf floh, wie der Wolf vor einer Schar wütender Hunde flieht, trat an die Frau heran, nahm ihr das Kind von den Armen, riß ihm die Windeln und alle Fetzen herunter und sah ein gutes Pud Salz.

„Ist das ein interessantes Kind, Genossen, das die Brust nicht verlangt, sich nicht naß macht und die Menschen nicht im Schlafen stört."

„Verzeiht mir, liebe Kasatschki," erwiderte sehr kaltblütig die Frau, „nicht ich habe euch betrogen, das böse Schicksal hat euch betrogen . . ."

„Balmaschow wird deinem bösen Schicksal verzeihen," antwortete ich der Frau, „Balmaschow ist es nicht viel wert. Dein böses Schicksal wird Balmaschow verkaufen, wie er es gekauft hat. Aber nun sieh hier die Kasaken, Frau, die dich als eine arbeitende Frau der Republik geschont haben. Schau diese zwei Mädchen an, die weinen, weil sie durch uns in dieser Nacht gelitten haben. Denk an unsere Frauen, in Kubanj, wo der Weizen gedeiht und die Frauen ohne Männer an ihrer eigenen Kraft vergehen, und an die Männer, die des bösen Schicksals wegen einsam sind und die sich an Mädchen, die ihnen begegnen, versündigen . . . Und dich hat man nicht angerührt, obwohl man nur solche wie du nehmen sollte. Schau auf Rußland, das im Schmerze erstickt . . ."

Und sie antwortete mir darauf:

„Ich habe mein Salz verloren und fürchte mich vor der Wahrheit nicht, ihr denkt nicht an Rußland — ihr rettet die Juden — Lenin und Trotzkij . . ."

„Von den Juden ist jetzt nicht die Rede — du schlechte Bürgerin. Die Juden haben mit dieser Sache nichts zu schaffen. Wie man zu Zwangsarbeit Verurteilte befreit, ziehen uns Lenin und Trotzkij auf den freien Weg des Lebens hinaus — Sie aber, abscheuliche Bürgerin, sind mehr Konterrevolutionärin als jener weiße General, der mit dem scharfen Säbel uns auf seinem tausendfachen Roß bedroht . . . Er, der General, ist ja überall zu erkennen, und der Arbeitende hat die schwere Sorge, ihn zu vernichten, aber Sie unglückliche Bürgerin, mit ihren interessanten Kindern, die keine Nahrung verlangen und sich nicht naß machen — Sie sind wie der Floh, nirgends zu sehen und dabei nagen sie, nagen und nagen . . ."

Und ich bekenne — ich habe diese Bürgerin während der Fahrt aus dem Zuge auf eine Böschung geschmissen, aber sie war robust genug, sich dort aufzurichten, ihre Röcke zu schütteln und ihren schuftigen Weg weiterzugehen. Und als ich diese unverletzte Frau sah und das unbeschreibliche Rußland um sie herum und die Bauernfelder ohne Aehre und die entehrten Mädchen und meine Genossen, von denen viele an die Front fahren, aber nur wenige zurückkehren, da wollte ich aus dem Zug springen und mir oder ihr ein Ende machen. Die Kasaken aber hatten Mitleid mit mir und sagten:

„Töte sie mit dem Gewehr."

Und da nahm ich von der Wand das treue Gewehr und wusch diese Schmach hinweg vom Antlitz der Arbeitererde und der Republik.

Und wir Krieger der zweiten Kompanie schwören Ihnen, teurer Genosse Redakteur, und euch, teure Genossen aus der Redaktion, daß wir auch künftighin gegen alle Verräter erbarmungslos vorgehen werden, die uns in das Grab ziehen, die den Fluß zurückfließen lassen wollen und Rußland mit Leichen und totem Gras bedecken möchten.

Für alle Krieger der zweiten Kompanie — Nikita Balmaschow, Soldat der Revolution.

(Aus der Rußland-Nummer des „Querschnitt". Autorisierte Uebersetzung von Dmitrij Umanskij.)

Die Arbeit der „Künstlerhilfe"

Die Arbeit der „Künstlerhilfe" (JAH.) ist ein außerordentlich deutliches Barometer für die Aufwärtsentwicklung der kommunistischen Bewegung im deutschen Proletariat. Die Kunstausstellung 1921/22, der erste Film über den „Hunger in Rußland", die künstlerisch-fachgemäße Schulung des proletarischen Sprechchors waren ihre ersten Leistungen. Das Inflationselend 1923 bewirkte ein Anwachsen der sich zum Proletariat hindrängenden Künstler: aus ihrer kollektiven Arbeit erwuchsen Vortrags-, Kunst- und Tanzabende, sowie Bildermappen und Plakate und sie gipfelten in der Aufführung der ersten großen proletarischen Revue im Großen Schauspielhaus, aus der die kommunistischen Künstler unendlich viel lernten. Es folgten der „Rote Rummel" sowie die Revue „Bei Barmats auf Schwanenwerder" und die große Veranstaltung im Rahmen des diesjährigen Parteitages, in der den Genossen Erwin Piscator und John Heartfield eine — wie die kraftvollen spontanen Aeußerungen des Miterlebens der Anwesenden bezeugten — äußerst packende Kombination von Film, Orchester, Theater und Sprechchor gelang, der Gegenpol zum bürgerlichen Theater von heute: das aktive Theater.

Die Künstlertruppe der JAH. beschränkte sich räumlich nicht auf Berlin, sondern spielte z. B. in Braunschweig, Dortmund und Düsseldorf unter großen Schikanen der Polizei, und in Hamburg sogar auf dem Sowjetschiff „Der Kommunist".

Im letzten Winter fand in Moskau und Saratow und seit Mai in Leningrad die Ausstellung deutscher revolutionärer Künstler statt. Neben den anerkennenden Urteilen der russischen bolschewistischen Kritiker wurde stark betont, daß die Darstellung des korrumpierten, jeder sozialen Gewissensregung baren Bürgertums und der proletarischen Elendsgestalten als Gegensatz dazu einseitig sei. Die russischen Arbeiter vermißten das Fehlen des proletarischen Kampfes, überhaupt den Ausdruck des empordrängenden Befreiungswillens der arbeitenden Massen:

„In ihrem Drange, den Schmutz und den Verfall der kapitalistischen Verfassung aufzudecken, die Ziele der Kunst, als solcher in den Hintergrund geschoben, geben die deutschen Künstler keinen Raum dem Klassenkampf und endlichen Sieg des Proletariats, welcher allein dazu berufen ist, der tollen Bachanalie der Lüge und des Lasters Einhalt zu gebieten. In dieser einseitigen Wiedergabe des Lasters im heutigen Deutschland, wo es nicht nur vertierte Ausbeuter, sondern auch eine kämpfende Arbeiterklasse gibt, sehen wir den Unterschied mit der in unseren Künstlerkreisen vorherrschenden Stimmung, welcher jeglicher Pessimismus fremd ist." („Prawda" vom 6. Mai.)

„Doch dabei ist zu bemerken, daß die Ausstellung, alle schlechtesten Seiten der alten Welt bloßstellend, uns keinen Weg zur neuen Welt anzeigt. Zwischen den Exponaten der Ausstellung finden wir keinen einzigen, der uns das heroische Pathos des revolutionären Kampfes des Proletariats abspiegelt. — Darin besteht ihr wesentlicher Fehler." (Die neue Abendzeitung der „Prawda" v. 18. Mai.)

Diese Stimmen der russischen Parteiorgane können von uns gar nicht ernst genug genommen werden.

Es hat sich auch in Frankreich ein Kreis sympathisierender Künstler gebildet. — Um eine noch beweglichere Organisation und die Beseitigung der noch zahlreichen Fehler zu erzielen, hat die Künstlerhilfe (die übrigens neuerdings nicht mehr als selbständige Organisation neben, sondern eben als JAH. wirkt) folgende fünf Grundthesen für ihre künftige Arbeit aufgestellt: 1. Es ist notwendig, Künstler der verschiedenen Gattungen zu werben, die dann zusammengeschlossen kollektive Arbeit leisten, die Künstlerhilfe planmäßig organisieren können. 2. Es sind Gruppen sympathisierender Künstler neben dem Bund oder innerhalb des Bundes der Freunde der JAH. zu bilden, überall wo dies möglich ist. 3. Die Vertreter der verschiedenen Kunstgattungen in den Gruppen haben unter ihren Kollegen Mitarbeiter zu kollektiver künstlerischer Propagandatätigkeit zu werben: a) Maler, für satirische Zeichnungen, Plakate, Ausstellungen, Verlagswerke, Kulissen und Bühnendekorationen, b) Musiker für die Mitwirkung bei Feiern und Veranstaltungen, c) Schauspieler für die künstlerische Propagandabühne, Rezitation, proletarische Kunstabende usw., d) Schriftsteller für Verfassung von geeignetem Material für die proletarischen Revuen und für die Mitarbeit in Presse und Verlag, e) Tanzkünstler für Kunstabende. 4. Es ist bekannt, wie schwer es ist, künstlerische Kräfte für die proletarische Bewegung zu aktivisieren. Die JAH. hat in der Arbeit von vier Jahren, besonders durch die Erfolge des letzten Jahres, gezeigt, daß sie der geeignete Boden ist, auf dem diese wichtige Aufgabe gelöst werden kann. 5. Deshalb ist notwendig, daß auch die JAH.-Komitees in den anderen Ländern alle Kräfte auf diese praktische Tätigkeit richten.

K. N., Berlin.

Was ist Literatur?

Dieses aus dem Buch „Elemente proletarischer Kultur" von Rudolf Leonhard hier abgedruckte Artikel hat den Widerspruch einiger Genossen von der Festung Gollnow herausgefordert. Wir bringen diese Erwiderung mit einer Antwort des Genossen Leonhard dazu. Vorauszuschicken ist an dieser Stelle, daß der Verfasser des Buches kein „Naturfreund" ist, daß aber, wie schon einmal betont, die „Elemente proletarischer Kultur" aus der Zusammenarbeit auch mit Naturfreunden in den Jahren 1919 bis 1921 entstanden sind. Von dieser Zusammenarbeit heißt es in Leonhards Buch:

*

Brief eines Gollnower Festungsgefangenen

Wie fast immer bei unseren Nur-Naturfreunden: Berge kreisen und ein Mäuslein wird geboren. Der Artikel R. Leonhards in Nr. 152 des „Klassenkampf" gebiert gar nur ein „halbes Mäuslein!" Und das ist wohl immer so bei unnötig verschrobenen Gedankengängen. Mit diesen „Gedanken" zu polemisieren, ist Zeit- und Papierverschwendung, obwohl uns diese Aufgabe furchtbar reizt. Aber leider hat sich ein Kommunist heute mit anderen Problemen (kurz: mit dem Studium des Leninismus!) zu beschäftigen. Darum wollen wir nur ein paar Worte sagen zu den Ergebnissen des gelahrten Artikels, diesem herrlichen Produkt von Diskussionen der Naturfreunde.

Es heißt in dem Artikel: „Der Begriff, den wir bestimmt haben", (wir lassen diese Begriffsbestimmung weg, weil wir sie erstens für unsere Bemerkungen nicht benötigen und zweitens der Leser sie in jedem anständigen Fremdwörterbuch hinter dem Wort Literatur finden kann) „ist der heutige, der des zerfallenden bürgerlichen Kapitalismus. **Einen anderen als diesen können wir nicht bestimmen.** Wie alles, wird das Proletariat diese „Literatur" nicht nur überwinden, sondern auch erben — um aus ihm, auf ihm die proletarische Literatur zu entwickeln."

Der Naturfreund sieht nur die Literatur des Kapitalismus (daß er sie nicht restlos so sieht, wie sie ist, sei nur nebenbei angedeutet) und ahnt dunkel die des Sozialismus. „Einen anderen als diesen", als den Begriff der kapitalistischen Literatur, „können wir nicht bestimmen." Und das ist eben falsch! Wir müssen (müssen, lieber Freund!) und können sehr wohl eine andere Literatur als die kapitalistische Literatur bestimmen und kennzeichnen, eine Literatur, von der klassische Werke längst vorliegen und deren Studium manchem Naturfreund lehren könnte, auch solche Fragen richtig zu stellen und logisch zu durchdenken. Wir meinen die kommunistische Parteiliteratur, von der Lenin schon 1905 sagte, „daß sie zum Bestandteil der organisierten, planmäßigen, vereinigten sozialdemokratischen Parteiarbeit werden" muß. Mit dieser Behauptung wollen wir unsere Bemerkungen schließen und die Genossen Naturfreunde zum weiteren Studium dieser Frage bitten, zunächst den Artikel von Lenin über „Parteiorganisationen und Parteiliteratur" (Sammelband Seite 164 ff.) zu lesen und sich dann mal im Reich der Wirklichkeit (vielleicht in unseren Buchhandlungen!) umzusehen. Andere Arbeiten über dieses Thema findet man noch in den Heften der „Arbeiter-Literatur", in welcher können wir leider nicht angeben, weil wir diese Bücher in dem hiesigen „Staatspensionat" nicht zur Hand haben.

*

Die Antwort des Autors

Liebe Genossen!

Wenn Ihr nicht eine so unbegreifliche Wut auf die „bloßen Naturfreunde" hättet und Ihr aus dieser von vornherein feststehenden Abneigung den Artikel schon ohne Voreingenommenheit gelesen hättet, wäre es leichter, mit Euch zu diskutieren — wäre aber auch wohl eine Diskussion gar nicht nötig. Was habt Ihr nur gegen die Naturfreunde? Denn nur um Naturfreunde, nicht um „bloße Naturfreunde" handelt es sich. Und diese Berliner Naturfreunde von denen und mit denen der erste Proletkultkurs gegründet worden ist, waren ausgezeichnete Genossen und Revolutionäre. In den für das proletarische Denken sehr wichtigen Diskussionen, die sich in diesem Kreis abspielten und von denen Ihr in dem ganzen Buch*) noch andere Früchte finden werdet, wurde versucht, in eigner Arbeit, gerade ohne Voraussetzungen, die Grundbegriffe des Denkens festzustellen. Nämlich, liebe Genossen, um den Leninismus studieren zu können, muß man zunächst denken können, und zwar ausgezeichnet und sehr scharf denken können. Man soll also grade nicht in einem Fremdwörterbuch das Wort Literatur nachschlagen, und sich damit begnügen, zu lesen, oder sich einzuprägen, was dort steht. Diese Methode des Nachschlagens und Einprägens ist gerade die alte bürgerliche Methode der Bildungsarbeit, die der Sozialdemokratie so sehr geschadet hat und mit schuld an der Kriegsdisziplin der Sozialdemokratie während des Weltkrieges war.

Nun greift Ihr aus den so gewonnenen Feststellungen unsrer Diskussion besonders den Punkt an, daß wir den von uns gewonnenen Begriff zeitlich festlegten in der Hinsicht, daß er „die Literatur im Zeitalter des zerfallenden bürgerlichen Kapitalismus" umfaßt und daß wir, „einen anderen als diesen nicht bestimmen" können.

Nun, liebe Genossen, Eure Ausfälle gegen die Naturfreunde können uns noch weniger bestimmen, von diesem Standpunkt abzugehen, als es die wenigen sachlichen Argumente tun, die Ihr gegen uns vorbringt. Wir haben nämlich die Gesamtbegriffe der Literatur bestimmt und nicht die Position des einzelnen literarischen Werkes in ihm. Das einzelne Literaturwerk — Ihr müßt auch bedenken, daß wir besonders von der „schönen Literatur" sprechen — kann schon ausgesprochnen und reinen proletarischen Charakter haben**), während ihn die Gesamtheit der Literatur noch nicht hat. Gerade in der schönen Literatur gibt es diese wirklich proletarischen Werke nur sehr wenige. Der Gesamtcharakter einer Epoche wird von ihrer stärksten Schicht und von ihren stärksten Kräften bestimmt. Ihr wißt doch selbst, daß das Proletariat noch im Aufsteigen ist, daß vorläufig noch der Kapitalismus herrscht, daß in der Tat heute noch die Literatur als kapitalistische Literatur, wenn auch schon als kapitalistisch zerfallende Literatur, zu bezeichnen ist. Die Existenz der Sozialdemokratischen Partei ändert doch nichts daran, daß das Zeitalter vor dem Kriege ein rein kapitalistisches war; so wenig bedeuten die schon vorhandenen proletarischen Werke eine Beeinträchtigung des kapitalistischen Charakters der Gesamtliteratur. Sie können seinen Zerfall unterstützen, und in dieser Art sind sie in die gesamte Literatur eingeordnet — wie eine noch schwache revolutionäre Partei in der Gesamtstruktur der Zeit, deren Herrschaft noch ihren Gegnern gehört, eingeordnet sind. Diesen Werken aus dem Zerfall der kapitalistischen Zeit und ihrer Literatur nachzuhelfen, das grade, liebe Genossen, ist Eure und unsre Aufgabe, und es wäre gut, wenn Ihr Euch Euren Naturfreunden, die dafür sehr gut vorbereitet sind, widmen wolltet, statt diese zu bekämpfen, ohne sie zu kennen.

*) Es handelt sich um „Elemente proletarischer Kultur", dem dieser Aufsatz entnommen wurde.

**) Beweis dafür ist die heute abgedruckte Erzählung „Salz".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250815-13/fragment/page=0008